

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

BAYMIRZA HAYIT

Das Vorgehen der Sowjets im Orient

Die russische Orientpolitik, deren Anfänge auf das 16. Jahrhundert zurückgehen, hat ihre Tradition. Den Grundstein hierzu legte Iwan der Schreckliche durch die Eroberung der Chanate Kasan und Astrachan. Im 16. und 17. Jahrhundert versuchte Rußland unter dem Vorwand Verbindungswege nach Turkestan, Persien, Afghanistan, Indien, China und der Mongolei zu erforschen, weiter in Asien vorzustoßen. Die wirklichen Absichten Rußlands, in Asien die Hegemonie zu erhalten, wurden erstmalig Ende des 17. Jahrhunderts durch die Veröffentlichung militärischen Materials über die oben genannten Länder unter dem Titel „Das Buch der großen Aufzeichnungen“ ersichtlich.

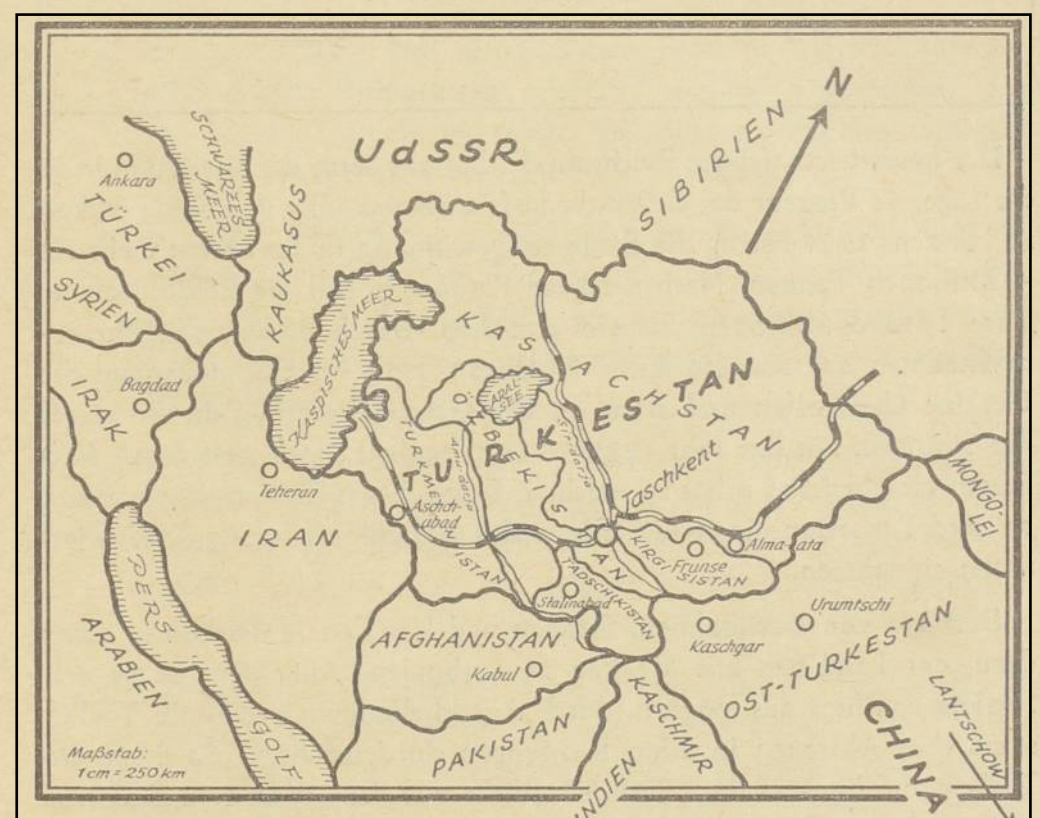
Nachdem die Wolga- und Uralgebiete sowie Sibirien unterworfen worden waren, bereitete sich Rußland auf die Eroberung Turkestans vor, denn „wer Turkestan besitzt, der behält die Hegemonie in Asien“, sagte Peter I. So sandte er 1715 eine militärische Expedition nach Turkestan, um das östliche Ufer des Kaspischen Meeres genau zu erforschen und die Wege nach Indien zu suchen. Zwei Jahre später schickte er eine Expedition den Irtisch-Fluß entlang, um die Wege nach Ostturkestan und China zu erkunden. Es wurden nicht nur militärische Vorbereitungen getroffen, sondern auch kulturelle Institutionen gegründet, um die Eigenarten der Orientvölker kennen zu lernen. Hierzu schrieb der russische Gelehrte Vasil'ev in „Die Republiken Mittelasiens“ (Moskau 1934, S. 11): „Seit Peter dem I. waren die Missionare die Imperialisten Rußlands, in der Uniform der Gardeoffiziere, im Mönchsrock der orthodoxen Geistlichkeit und im Talar der Wissenschaftler, außerdem waren sie auch bestrebt durch die Wirkung der Soldatenstiefel in dieses verlockende Land einzudringen, mit dem einzigen Ziel, das Territorium zu erobern und ein koloniales, ausbeutendes Regime einzurichten“. So wurde Turkestan nach über ein Jahrhundert andauernden Vorbereitungen und Kampfhandlungen Ende des 19. Jahrhunderts erobert. Rußland war damit zum direkten Nachbarn von China, Indien, Afghanistan und Persien geworden.

Nach dem Sturz des Zarentums und Kerenskij's führten die Bolschewisten einen harten Kampf gegen die nationale Erhebung der Turkestaner, da sie wußten, daß die Sicherung ihrer Macht in Turkestan die Voraussetzung für die Durchführung der traditionellen russischen Orientpolitik war. Turkestan wurde in den Jahren 1918–24 zum zweitenmal erobert, wie auch die britische Zeitschrift „Asiatic Review“ vom April 1928 berichtete. Die nationale Erhebung, die „Basmatschi Bewegung“ in Turkestan konnte, wie die Sowjetregierung 1935 bekannt gab, erst 1934 niedergeschlagen werden.

Um im Orient eine wirkungsvolle, intensive und erfolgreiche Politik durchführen zu können, war Sowjetrußland bestrebt gewesen, zuerst seine Macht in Turkestan zu befestigen. Es gelang den Sowjets, wenn auch die Bestrebungen bis zur Gegenwart andauern, in dieser Richtung ihr Ziel durchzusetzen. In welcher Weise dies vor sich ging, ist in folgendem kurz zusammengefaßt:

1. Die nationalen Regierungen Turkestans, die nach 1917 entstanden waren, wurden 1918 und 1921 gestürzt, um die nationalen Bestrebungen zu beseitigen, und den Turkestanern die Möglichkeiten zur Bildung eines nationalen Staates zu nehmen.
2. Das Chanat von Chiva wurde 1919 und das Emirat von Buchara 1920 gestürzt, beide zu Volksrepubliken umgewandelt und 1924 liquidiert.

3. 1924 wurde Turkestan in fünf „Republiken“ aufgeteilt, die erst 1936 die Verwaltungsstruktur der gegenwärtigen Sowjetrepubliken Özbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisistan und Tadschikistan erhielten.
4. In den Jahren 1918–1920 und 1932–1935 wurde eine Hungersnot provoziert um die Volkskraft zu unterdrücken und damit den Widerstandswillen des Volkes gegen die Sowjets zu schwächen.
5. Turkestan wurde sowjetisiert durch: Vernichtung der sogenannten kapitalistischen Elemente, Kollektivierung, Einführung der sowjetischen Demokratie und kommunistischen Ideologie, Proletarisierung des Volkes, Beseitigung der Privatwirtschaften, Bekämpfung des nationalen Geisteslebens, Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß, Heranbildung einer Anzahl Turkestaner als Träger der sowjetischen Gedanken unter der Bevölkerung.
6. Die zaristische Russifizierungspolitik wurde intensiv fortgesetzt. Zahlreiche Russen wurden in Turkestan angesiedelt. Schlüsselstellungen des Partei- und Staatsapparates wie Parteisekretäre, stv. Minister, stv. Staats- und Ministerpräsidenten, Innenminister, Minister der Staatssicherheit, die Ministerien der Staatskontrolle und des Militärs und leitende Stellen der Industrie wurden nur von Russen besetzt. Die russische Sprache wurde zur Staatssprache erhoben und die russische Schrift eingeführt. Das russische Geistes- und Kulturleben übernahm die Hegemonie über das nationale Leben.



7. Mehr als 5 Millionen Turkestaner wurden wegen ihrer antisowjetischen Haltung oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur kapitalistischen Klasse und Geistlichkeit verhaftet, nach Sibirien verschickt, erschossen oder kamen in den KZ-Lagern ums Leben.

Es gelang den Sowjets einige Turkestaner für ihre Interessen zu gewinnen, doch vermochte keiner von ihnen für längere Zeit das volle Vertrauen Moskaus zu erhalten. So wurden z. B. seit der Absetzung des ersten Ministerpräsidenten der Sowjetrepublik Özbekistan, Fayzulla Chodschas, der 1938 im Schauprozeß in Moskau des Nationalismus be-

schuldigt und zum Tode verurteilt worden war, sieben Ministerpräsidenten ernannt, abgesetzt, verhaftet und einige von ihnen erschossen. Der letzte Ministerpräsident, Usman Jusuf, der von den Sowjets als zuverlässiger Turkestaner angesehen und der zu Lebzeiten Stalins etwa drei Jahre lang Unionbaumwollanbauminister in Moskau gewesen war, wurde Ende 1954 abgesetzt und beschuldigt, den Baumwollanbau sabotiert und unzuverlässige Elemente im Staatsapparat zugelassen zu haben.

Die politische Macht ermöglichte es den Sowjets ihre wirtschaftspolitischen Ziele in Turkestan durchzusetzen. Dazu boten ihnen die natürlichen Reichtümer des Landes die besten Voraussetzungen. Etwa 56 Prozent der gesamten Produktion der Schwerindustrie der Sowjetunion konzentriert sich heute in Turkestan. Während das Land vor dem zweiten Weltkrieg mehr als Rohstoffbasis diente, änderte Moskau diesen Zustand nach dem Kriege. Turkestan wurde, wie Stalin sagte, zum „Hauptarsenal der Sowjetarmee“. Bereits während des Krieges hatte die Sowjetregierung den größten Teil ihrer Kriegsindustrie aus Sicherheitsgründen nach Turkestan verlegt. Turkestan wurde durch seine Uran- und Thoriumvorkommen eines der Zentren der Atomwaffenherstellung. In der Kara-Kum- und Kizil-Kum-Wüste entstanden zahlreiche Bauten, deren Zweck der Öffentlichkeit unbekannt ist. Diese beiden großen Wüstenräume sind zu Atomwaffenversuchen bestens geeignet. Man vermutet, daß dort „Atomgrade“ (Atomstädte) entstanden sind. Auch im Garm-Gebiet, in der tadschikischen Sowjetrepublik, das Chruschtschew auf seiner Reise nach Turkestan im November 1954 als erstes besichtigte, sind vermutlich Atomwaffenwerke entstanden. Nach sowjetischen Meldungen befindet sich hier eine große meteorologische und hydrologische Forschungsanstalt. Das Garm-Gebiet ist der Ausgangspunkt für den großen Steppenraum.

INHALT DIESER BEILAGE:

Baymirza Hayit:

Das Vorgehen der Sowjets im Orient

Richard Lowenthal:

Stalinismus ohne Stalin (S. 417)

Der landwirtschaftliche Reichtum Turkestans setzt die Sowjetunion in die Lage, 96 Prozent des Gesamtbedarfs an Baumwolle und Seide decken zu können. 1954 betrug die Baumwollgewinnung in Turkestan mehr als 4 Millionen Tonnen. Nach neuesten Planungen soll die Produktion im Jahre 1956 6 Millionen Tonnen erreichen. Durch Bodenerschließungsmaßnahmen der Sowjets hatte Turkestan 1954 im Getreideanbau die Ukraine übertroffen und stand in der Getreidelieferung direkt hinter der Sibiriens. Für das Jahr 1955/56 wird geplant, noch weitere 15 Millionen Hektar Land urbar zu machen. Sollte dieses Ziel erreicht werden, so wird Turkestan die erste Stelle in der Getreideerzeugung der Sowjetunion einnehmen.

Der Bau von Eisenbahnen, Straßen und Kanälen in Turkestan dient dazu, das Land fest mit Moskau zu verbinden. Außerdem ist es den Sowjets von hier aus möglich, durch Anschlußbahnen außerhalb Turkestans ihre Aktionen in allen Richtungen durchzuführen. So dient die Turkestan-Sibirien-Bahn (Turk-Sib) nicht nur dem Waren- und Personenverkehr, sondern steht auch im Dienste der sowjetischen Strategie. Es ist bis 1956 geplant eine Bahnverbindung Lanchow (China) — Urumtschi (Ostturkestan) — Alma-ata (Westturkestan) in einer Länge von mehr als 1500 km zu bauen, wovon bereits 400 km auf der chinesischen Seite fertiggestellt wurden und Projektierungsarbeiten der Sowjets im Gange sind. Ferner wurde mit dem Bau einer Bahnverbindung zwischen China und der Mongolei bis nach Ulanbatur begonnen. Diese Eisenbahnlinien können die Stellung der Sowjetunion in West- und Ostturkestan, der Mongolei und China noch festigen. Es ist jedoch auch möglich, daß die von der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepu-

blik gemeinsam gebaute neue Eisenbahn zur Besiedlung der erschlossenen Räume durch China führt (Beispiel: Mandschurische Bahn) und dieser Bau dann zu Spannungen zwischen Russen und Chinesen, wie zur Steigerung des eigenen Gewichts Turkestans in diesem Spannungsfeld Anlaß geben wird.

Eines der größten Bauprojekte der Sowjets im südlichen Teil Turkestans ist der Kara-Kum-Kanal, der in zwei Perioden gebaut werden und eine Länge von etwa 1600 km umfassen soll. Wenn auch die Sowjetregierung bei diesem Vorhaben nur den Irrigationszweck betont, so ist doch nach sowjetischen Meldungen selbst sehr leicht zu erkennen, daß durch den Kanal eine Schifffahrtslinie vom Eismeer über Moskau, die Wolga, das Kaspische Meer, den Amu-Darya, den Sir-Darya, den Tschu-Fluß und den Issik-Köl-See hergestellt wird. Dadurch werden die Sowjets in der Lage sein, bei ihren Vorhaben im Orient nicht nur die Eisenbahn, sondern auch die Schifffahrt einzusetzen.

Auch beim Straßenbau tritt der Expansionsdrang im Orient in Erscheinung. Während von sowjetischer Seite die Militärstraße Taschkent—Stalinabad—Chorog (am Pamirgebirge) längst fertiggestellt worden ist, bauten die Chinesen kürzlich die Brücke über den Lhasa-Fluß, wodurch die 2255 km lange Landstraße Ostturkestan—Tibet dem Verkehr übergeben wurde. So ist ersichtlich, daß erst der Besitz Turkestans, das von den Zaren und roten Diktatoren immer wieder als das Tor nach Indien und der Weg nach China bezeichnet wurde, was es auch in Wirklichkeit ist, den Sowjets ermöglichte, ihren Einfluß im Orient zu verstärken.

Das ehemalige Reich Temurlengs befindet sich in den Händen Moskaus. Die zentrale Bedeutung Turkestans für den Orient wurde von den Sowjets bei ihrem Vorgehen ausgenutzt. Einst galt Samarkand im Orient als der Glanz der Erde und Buchara als die Macht des Islams. Deswegen sagte Stalin: „In Samarkand und Buchara müssen Leuchttürme entstehen, die den Sowjets im ganzen Orient strahlen sollen.“ In welcher Art und Weise dies durchgeführt wurde, zeigt uns deutlich die jüngste Vergangenheit:

1. Von Turkestan aus wurde dem Kommunismus in China zur Macht verholfen. Wenn auch einige Experten des Westens meinen, daß der Kommunismus in China keine materielle Hilfe von der Sowjetunion erhalten habe, so haben die Erfahrungen in Turkestan jedoch deutlich gezeigt, daß die Kommunisten in China ohne Hilfe der Sowjetunion niemals in der Lage gewesen wären, die Macht zu erhalten.
2. In Turkestan wurden koreanische Divisionen, lange Zeit vor Ausbruch des Korea-Krieges, ausgebildet, die auf der Seite der Nordkoreaner als bestens ausgebildete Truppe galten.
3. In Taschkent gründeten die Sowjets die kommunistische Universität für die Werktätigen des Ostens, an der aus allen Ländern Asiens kommunistische Funktionäre ausgebildet wurden und die eines der Schulungszentren der kommunistischen Ideologie ist.
4. Von Westturkestan aus versuchten die Sowjets, das von den Chinesen besetzte Ostturkestan (Sinkiang) zu sowjetisieren, was auch mit Erfolg zur Zeit fortgesetzt wird, worauf noch näher eingegangen werden soll.
5. Von Turkestan aus wurde die Mongolei zur Volksrepublik.
6. In Turkestan wurde 1927 eine Gesellschaft „Tochter Irans“ gegründet, die unter der Führung des iranischen Dichters Quasim Lahuti stand, dessen Aufgabe es war, den Iran im sowjetischen Sinne zu beeinflussen. Mit Hilfe dieser Organisation versuchten die Sowjets im August 1953 in Verbindung mit der Tudeh-Partei die Revolution im Iran zu organisieren, was jedoch mißlang.
7. 1953 wurde in Turkestan, unter der Führung des aus der Türkei ausgewiesenen kommunistischen Dichters Nazim Hikmet, eine Gesellschaft „Fortschrittliche Türken“ gegründet, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Türkei zu „befreien“ und die aktiv in antitürkischem Sinne auftrat. Nazim Hikmet selbst nahm als „Vertreter“ der Türkei, aus Turkestan kommend, an der Versammlung des Büros des Weltfriedensrates im Januar 1955 in Wien teil.

Die sowjetische Islampolitik der Gegenwart

Die Sowjetregierung erkannte die tiefen Gegensätze zwischen Islam und Kommunismus und führte daher seit dem Bestehen ihrer Macht in Turkestan einen radikalen Kampf gegen den Islam durch. Außerhalb der Sowjetunion jedoch treten die Sowjets außerordentlich islamfreundlich auf, um antikommunistische Reaktionen in den freien Islamländern zu vermeiden. Wiederum steht bei diesem Vorgehen Turkestan, wegen seiner Zugehörigkeit zum Islam, im Vordergrund der sowjetischen Propaganda.

In letzter Zeit war in der Sowjetunion die antiislamische Propaganda als eine der wichtigsten ideologischen Maßnahmen der kommunistischen Partei anzusehen. Durch Radio, Presse, Vorträge und das Vorgehen des amtlichen „Komitees zur Verbreitung politischer und gesellschaftlicher Wissenschaften“ versuchte sie, den Islam mit allen Mitteln vollständig zu unterdrücken. Ende vorigen Jahres (Oktober 1954) erschienen in den Sowjetzeitungen Turkestans zahlreiche antiislamische Aufsätze, die die schwierige Lage des Islam in der Sowjetunion zeigen. So veröffentlichte z. B. die Zeitung „Qizil Özbekistan“ vom 12. 10. 1954 einen Artikel von Prof. Klimovik „Die Entstehung des Islam und seine reaktionäre Bedeutung“ (Islamnin payda bolishi va reaktion mahiyati), der in allen turkestanischen Sowjetzeitungen gedruckt wurde und die untere Hälfte der zweiten und dritten Seite umfaßte. Der Verfasser betonte in ihm, daß der Islam durch die Initiative der arabischen Feudalen entstanden sei, um die Massen zu unterdrücken. Er gliederte seinen Aufsatz folgendermaßen: „Die islamische Lehre ist gegen die Wissenschaft“, „Der Schaden durch die islamischen, religiösen Sitten“ und „Die Religion des Islam im Dienste des gegenwärtigen Imperialismus“. Die Zeitung forderte, daß mit jeglichen Maßnahmen gegen die Überreste des Islam gekämpft werden müsse. Daß der Islam in Turkestan immer noch als Gegenspieler des Kommunismus auftritt, beweist der Aufsatz „Die wissenschaftliche atheistische Agitation muß verbreitet werden“ in der Zeitung „Sozialistik Kasachstan“ vom 17. 10. 1954, in dem darauf hingewiesen wird, daß die turkestanischen Arbeiter der Eisenbahnen, Elektrostationen und Fabriken für Elektrotechnik in Alma-ata an religiösen Feiertagen nicht zur Arbeit erschienen seien. Ältere Leute betrieben unter der Jugend religiöse Propaganda und die Lehrer der Schulen Nr. 15, 56 und 64 in Alma-ata seien an religiösen Feiertagen nicht zur Schule gekommen.

Weitere Schritte der Sowjets sind aus folgendem ersichtlich:

1. Beim Komitee zur Verbreitung politischer und gesellschaftlicher Wissenschaften wurden atheistische Sektionen gegründet, die sich unter der Bevölkerung mit antireligiöser Propaganda beschäftigten. So arbeiteten z. B. in Taschkent 47, in Pischpek (Frunse) 23, in der Stadt Namangan 114 Personen in dieser Richtung („Sovetskaja Kirgizija“ vom 2. 11. 1954 und „Qizil Özbekistan“ vom 11. 12. 1954).
 2. Zur Ausbildung dieser atheistischen Propagandisten wurden Seminare abgehalten. So nahmen z. B. in der Stadt Samarkand 36, in Alma-ata über 200, in Namangan über 150 ausgewählte Personen an diesen Seminaren teil. Es wurden u. a. Vorträge über folgende Themen gehalten:
 - a) Wissenschaft und Religion über die Entstehung des Lebens auf Erden;
 - b) Der Islam als Waffe zur Versklavung der Frauen;
 - c) Kommunistische und religiöse Moral;
 - d) Religiöse und wissenschaftliche materialistische Anschauungen;
 - e) Die Medizin im Kampf gegen die Religion („Kasachstanskaja Pravda“ vom 6. 11. 1954; „Qizil Özbekistan“ vom 11. 12. 1954).
 3. Die antireligiöse Propaganda wurde unter der Bevölkerung systematisch verbreitet. So wurden z. B. von September bis November 1954 im Namangan Gebiet 250 Vorträge, im Karmana Rajon des Buchara Gebietes im Laufe von einem Monat 17, in Taschkent in den ersten sechs Monaten des vorigen Jahres 720, in den letzten fünf Monaten 1 452, in der kirgisischen Sowjetrepublik im Laufe
- von neun Monaten, im Jahre 1954, 10 964 antireligiöse Vorträge gehalten („Sovetskaja Kirgizija“ vom 2. 11. 1954; „Qizil Özbekistan“ vom 1. 11. 1954 und 3. 11. 1954).
 4. Zahlreiche Aufsätze und Broschüren dienten der Bekämpfung des Islams von denen wir hier einige erwähnen, um den Charakter der antiislamischen Haltung der Sowjetregierung zu kennzeichnen:
 - a) In dem Leitartikel „Für eine kämpferische und wirkungsvolle wissenschaftliche atheistische Propaganda“ in der türksprachigen Zeitung „Qizil Özbekistan“ vom 22. 10. 1954 wurde darauf hingewiesen, daß die Bekämpfung des Islams und der religiösen Überreste eine der nicht zu vergessenden Aufgaben der Sowjetorgane sei.
 - b) In dem Aufsatz „Marxismus-Leninismus zur Religion“ in „Qizil Kirgizistan“ vom 1. 12. 1954 wurde betont: „Die Sowjetmenschen haben sich von der Religion distanziert. Sie sind in Wirklichkeit Atheisten geworden. ... Aber in unserem Land ist bis zur Gegenwart die Verbreitung religiöser Überreste noch nicht beendet. Die religiösen Feierlichkeiten schaden der sozialistischen Wirtschaft und stören die Arbeitsordnung“.
 - c) Der Artikel „Wissenschaftliche-atheistische Agitation unter den Werktätigen“ in „Sozialistik Kasachstan“ vom 9. 12. 1954 betont, daß die religiösen Überreste trotz ihrer Bekämpfung aus dem Verstande einiger Sowjetmenschen noch nicht verschwunden seien.
 - d) In „Der Islam und seine reaktionäre Rolle“ wird in der Zeitung „Qizil Özbekistan“ vom 11. 12. 1954 erwähnt, daß die Menschheit seit einer Million Jahren bestehe, die Religion aber erst seit 100 000 Jahren, also seien die Menschen rund 900 000 Jahre gottlos gewesen.
 - e) Der Artikel „Über die Entstehung des Lebens auf Erden“ in der „Pravda Vostoka“ vom 30. 10. 1954 betont, daß bei der Entstehung des Lebens Gott nicht vorhanden gewesen sei.
 - f) In „Die Medizin im Kampf gegen den Aberglauben“ („Pravda Vostoka“ vom 28. 10. 1954) heißt es, daß die Heilung der Kranken ohne Gott geschehe.
 - g) In „Wir müssen den ideologischen Wert der wissenschaftlichen atheistischen Propaganda erhöhen“ („Qizil Özbekistan“ vom 11. 1. 1955) wurde gefordert, daß der antireligiöse Unterricht auf den Hochschulen verstärkt werden müsse.
 - h) In „Wir müssen die antireligiöse erzieherische Tätigkeit verstärken“ in „Sozialistik Kasachstan“ vom 26. 11. 1954 heißt es u. a.: „Religion steht gegen unsere echte kommunistische menschliche Moral. Daher ist der Kampf gegen sie unsere moralische Verpflichtung“.
 - i) In „Die wissenschaftlichen Voraussagen und religiösen Vorurteile“ in „Bloknot Agitatora“ Nr. 22 1954 Alma-ata wurde betont, in den Schulen müsse ein speziell atheistisches Fach eingeführt werden, um die religiösen Überreste gründlich zu bekämpfen.
 5. Die Hochschulen wurden zu Zentren atheistischer Propaganda. Die Universität Taschkent stellte 35 ihrer Lehrer atheistischer Tätigkeit zur Verfügung. Die Hochschulen Taschkents gaben 118 Arbeiten gegen den Islam heraus, wie die Zeitung „Qizil Özbekistan“ vom 11. 1. 1955 berichtete.
 6. Schließlich diente der Beschluß des Zentral-Komitees der KP der Sowjetunion „Über die Fehler bei der Durchführung wissenschaftlicher atheistischer Propaganda unter der Bevölkerung“ der in der „Pravda“ vom 11. 11. 1954 erschien, der Verschärfung der antireligiösen Tätigkeit, nachdem nochmals betont worden war, daß sich die KP wegen ihrer marxistisch-leninistischen Anschauungen und ihrer dialektischen Grundlage niemals gegenüber der Religion neutral oder teilnahmslos verhalten könne.

Nicht umsonst bemerkte der Sekretär der KP Tadschikistans, Gafuroglu, am 13. 10. 1954 auf dem Kongreß der Schriftsteller Tadschikistans: „Unsere Aufgabe besteht darin, mit allen Mitteln gegen die religiösen und feudalen Sitten vorzugehen. Es darf nicht vergessen werden, daß in England und Amerika sehr viele Bücher über Mittelasien erschienen sind, die im antisowjetischen Kampf auf die Ausnutzung der Überreste der bei uns noch vorhandenen feudalen Sitten hinweisen“.

In krassem Widerspruch hierzu steht die sowjetische Islampolitik in den Ländern des Islam außerhalb der Sowjetunion. Dadurch ist den freien Islamvölkern die anti-islamische Politik der Sowjets in der Sowjetunion kaum bekannt. In den Radiosendungen für die Islamvölker tritt die Sowjetunion niemals anti-islamisch, sondern nur pro-islamisch auf. So heißt es z. B. in der in Urdu-sprache für Pakistan vom Radio Stalinabad am 26. 9. 1954 durchgegebenen Meldung: „Islam und Kommunismus sind das gleiche. Der eine entstand nur in der Vergangenheit und der andere im modernen Zeitalter. Der Islam kämpft für die Moral der Menschen und der Kommunismus für ihren materiellen Wohlstand“.

Auch die kommunistischen Parteien, soweit sie vorhanden sind, oder kommunistisch gesinnte Islamländer betonen ständig die religiöse Freiheit in der Sowjetunion. Die Wahlrede des Sekretärs der KP Syriens und des Libanons, Baghdasch, in Damaskus, im Oktober 1954, bewies, daß die Sowjets außerhalb der Sowjetunion ein äußerst islamfreundliches Gesicht zeigen. Baghdasch sagte wörtlich: „Wer von einer Unterdrückung des Islam in der Sowjetunion spricht, ist nichts anderes als ein Agent Englands oder Amerikas“.

Zahlreiche Personen aus dem islamischen Orient wurden von der Sowjetregierung nach Moskau und Turkestan eingeladen, wo man ihnen Potemkinsche Dörfer, d. h. 2–3 Moscheen in Taschkent, zeigte. So kamen 1954 66 Delegationen (jede Delegation aus 5–15 Personen bestehend) aus den islamischen Ländern nach Turkestan. Keiner

einzigsten Delegation gelang es, ein Bild über die Lage des Islam in Turkestan zu erhalten. Der Delegationsführer aus Syrien, Al-Chariri sagte: „Ich hatte den Wunsch gehabt, Özbekistan mit eigenen Augen zu sehen, weil mir bereits vieles darüber erzählt worden war und weil es in der Vergangenheit als Kolonie des zaristischen Rußland sich kaum von Syrien unterschieden hatte. Nun blüht Özbekistan und damit auch der Islam, aber Syrien blieb immer noch in den Händen der Imperialisten unterdrückt (Qizil Özbekistan“ vom 7. 7. 1954, zitiert nach der Zeitung „As-scham“). Auch die Delegationen aus Indonesien, Irak und dem Libanon äußerten sich in ähnlicher Weise.

Eine besondere „Vorstellung“ gab die Sowjetregierung anlässlich der Landwirtschafts-Ausstellung in Moskau 1954 zu der die Regierungen der islamischen Länder eingeladen worden waren. Als die Besucher der islamischen Länder die Ausstellungsgebäude der turkestanischen Republiken besichtigten, erschallten dort die Rufe zum Gebet. Innerhalb der Ausstellungsgebäude konnten die Gäste mit den Turkestanern zusammen in einer Moschee beten. Fotografien, die sie betend mit den Turkestanern zeigen, übergaben sie nach ihrer Rückkehr der Presse ihrer Länder, wie dies z. B. in Libanon der Fall war.

Auch die Pilgerzeit in Mekka versucht die Sowjetregierung für ihre Infiltrationsversuche auszunutzen. So schickt sie jedes Jahr 18–20 Muslimen aus Turkestan und anderen Teilen der Sowjetunion nach Mekka, die die religiöse Ordnung bis in alle Einzelheiten genauestens einhalten, daneben aber, sehr gut geschult, den Kommunismus propagieren. Während der Pilgerzeit schließen sich ihnen die kommunistischen Propagandisten der freien Länder des islamischen Orients an, und mit gemeinsamen Kräften versuchen sie, die Pilger vom gleichen Sinn des Kommunismus und Islam zu überzeugen. Wenn auch die Regierung Saudi-Arabiens sehr streng gegen die Verbreitung kommunistischer Gedanken vorgeht, gelingt es den Roten Pilgern doch, manchen Muslim für den Kommunismus zu gewinnen.

Die sowjetische Aktivität im Orient

Die Regierung der Sowjetunion konzentriert sich in ihrer Orientpolitik hauptsächlich auf die Bekämpfung

1. des pakistanisch-türkischen Freundschafts- und Beistandpakt und des kürzlich zustande gekommenen türkisch-irakischen Pakt;
2. des Südostasienpakt;
3. des antikommunistischen Vorgehens der persischen Regierung und seiner Annäherungsversuche an den Westen;
4. der amerikanischen Hilfeleistungen in Asien;
5. der nationalchinesischen Herrschaft in Formosa;
6. der Aktivität der Türkei in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

Ferner treten die Sowjets im Orient für

1. eine Neutralisierung der Orientländer bei den Ost-Westauseinandersetzungen;
2. die Ausdehnung des aus 5 Punkten bestehenden Koexistenzvertrages zwischen Indien und der Volksrepublik China auf die übrigen Länder Asiens;
3. eine Aktivisierung der kommunistischen „Befreiungsbewegung“ einiger Länder Asiens und Verstärkung der kommunistischen Parteien und deren Tarnorganisationen, ein.

Wie aus der Sowjetpresse ersichtlich, ist die Sowjetregierung überzeugt, nach der Erreichung dieser Ziele ihren Einfluß im Orient verstärken zu können. Sie geht hierbei in folgender Weise vor:

1. Sie versucht die Intellektuellen und einflußreiche Kaufleute zu gewinnen, um sie als Propagandisten für das Sowjetsystem auftreten zu lassen.
2. Zahlreiche Schriften, die die Gedanken Moskaus im Orient verbreiten sollen, werden von ihr finanziert und verbreitet.
3. Sie fordert als Pseudoverteidiger der nationalen Rechte der Orientvölker die „nationale Unabhängigkeit“.
4. Sie tritt als Förderer des „Weltfriedens“ auf.

5. Sie propagiert die kulturellen und historischen, religiösen und kontinentalen Beziehungen Turkestans und damit auch der Sowjetunion zu den nichtsowjetischen Ländern Asiens.

6. Sie versucht in den Ländern des Orients Haß gegen die Westmächte zu erzeugen.

Bei diesem Vorgehen werden alle Mittel eingesetzt und alle Gelegenheiten rechtzeitig ausgenutzt. So begrüßten die Sowjetzeitungen die asiatisch-afrikanische Konferenz vom 18. April 1955 in Bandung als „einen Schritt zur Loslösung von der anglo-amerikanischen, imperialistischen Kette“ und versuchten den Völkern zu erklären, daß England und Amerika gegen diese Konferenz seien. Die Taschkenter Zeitung „Pravda Vostoka“ vom 20. 2. 1955 schrieb anlässlich dieser Konferenz einen Artikel unter der Überschrift „Der Kampf der Völker gegen das koloniale Regime“, in dem das Erwachen der Völker gegenüber dem Imperialismus erwähnt wird. Sowjetische und prosowjetische Organisationen hatten 1948 beschlossen, den 21. Februar als „den Tag des internationalen Kampfes gegen das koloniale Regime“ zu feiern. An diesem Tag fanden in den meisten asiatischen Ländern öffentliche und illegale Versammlungen statt, wie die Zeitung „Pravda Vostoka“ vom 23. 2. 1955 berichtete, auf denen die „brüderliche Hilfe der Sowjets zur Befreiung der vom amerikanischen, englischen und französischen Joch unterdrückten Völker“ betont wurde.

Die hauptsächlichsten Träger der Ideologie der Sowjets sind die sogenannten „Friedens“-Organisationen und zahlreiche Tarnorganisationen, wie z. B. die „Gesellschaft zur Pflege der kulturellen Beziehungen mit der Sowjetunion“. Mit Hilfe dieser Organisationen versuchen die Sowjets die Bevölkerung zu beeinflussen und die Staaten des Orients von innen zu zersetzen. Im Mittelpunkt der sowjetischen Orientpolitik steht z. Zt. Indien. Im Jahre 1950 gelang es der Sowjetregierung eine starke Organisation, den „allindischen Friedensrat“ zu gründen, die nicht nur in Indien, sondern auch in allen asiatischen Ländern die Ideologie Moskaus verbreitet. Dieser Organisation, die angeblich einen privaten Charakter besitzt, gehören maßgebende Persönlichkeiten

Indiens an. Ihr Vorsitzender ist Dr. Kitschili, Schriftsteller und Dramaturg. Er, sowie der Generalsekretär, Romesch Tschandra sind Abgeordnete des indischen Parlamentes und dabei hauptamtlich in dieser Organisation beschäftigt. Dr. Kitschili scheint ein besonderer Freund der Sowjetregierung zu sein, denn er besuchte im Jahre 1954 zweimal Moskau und fünfmal Turkestan. Seine Aufsätze, in denen er die Befestigung der Freundschaft zwischen China, Rußland und Indien fordert, wurden in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften Turkestans veröffentlicht. Dr. Kitschili ist als Förderer des sowjetischen Geistes und der russischen Kulturgüter in Indien allgemein bekannt.

Vor etwa zwei Jahren ging aus der Organisation des allindischen Friedensrates die Gesellschaft zur Pflege der Solidarität der asiatischen Völker hervor, die als Tochterorganisation im Rahmen des allindischen Friedensrates wirkt. Ihr Sitz ist Madras. Nach Angaben der Sowjetpresse hat die Gesellschaft zur Pflege der Solidarität der asiatischen Völker mehr als 50 Millionen ordentliche Mitglieder, die sich hauptsächlich aus Indern und anderen Völkern Südostasiens zusammensetzen, wodurch sie einen übernationalen Charakter erhält. Das Ziel dieser Gesellschaft ist die Konsolidierung der Tätigkeit der Völker Asiens im Kampf gegen den westlichen Kolonialismus und die Verstärkung der antiwestlichen Tätigkeit in ganz Asien.

Vom 30. 12. 1954 — 2. 1. 1955 fand in Madras ein Kongreß des allindischen Friedensrates gemeinsam mit der Gesellschaft zur Pflege der Solidarität der Völker Asiens statt, auf dem, wie die Taschkenter Sowjetzeitung „Pravda Vostoka“ vom 5. 1. 1955 meldete, folgendes beschlossen wurde:

1. einen Kongreß aus Vertretern Frieden und Freiheit liebender Kräfte der Welt, besonders aus Asien, zu berufen, der Richtlinien für weitere Friedensbestrebungen festsetzen soll;
2. die 5 Prinzipien des Koexistenzpaktes zwischen China und Indien, die der Befestigung des Friedens dienen, weiterhin zu fördern;
3. zur Beendigung der kolonialen und rassistischen Unterdrückung alle Kräfte zu mobilisieren;
4. den Südostasienpakt zu boykottieren.

Um weitere Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen, wurde beschlossen, Anfang April 1955 den geplanten Kongreß in Delhi aus Vertretern von 18 Staaten Asiens zu berufen. Dieser Kongreß fand vom 6.—9. April 1955 statt. Welchem Zwecke dieser Kongreß diene, ist aus der Tagesordnung ersichtlich, nach der folgende Fragen zur Diskussion standen:

1. Verbot der Massenvernichtungswaffen und Schaffung einer Kontrolle zur Durchführung dieses Beschlusses;
2. Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke;

Gefährliche Taktik der Sowjets

Seit der Zunahme der Auseinandersetzungen zwischen West und Ost zeigen beide Seiten ein vermehrtes Interesse für den Orient. Mehrere Orientvölker haben bereits die Gefahr des Kommunismus erkannt, doch nicht etwa durch die Aufklärung der Westmächte, sondern durch eigene Erfahrungen mit dem Kommunismus. Die Türkei, der mächtigste Staat des Schwarz- und Mittelmeerraumes und das Tor des Nahen und Mittleren Ostens ist durch seine antikommunistische Haltung besonders hervorgetreten. Pakistan hat durch seine Freundschaft und den Beistandspakt mit der Türkei die ersten Schritte eines gemeinsamen Vorgehens gegenseitiger Verteidigung unternommen. Durch den Beitritt in den Südostasienpakt kommt seine antikommunistische Haltung noch deutlicher zum Ausdruck. Wie Moskau zu derartigen Vertragsgemeinschaften steht, ist aus einer Meldung der turkestanischen Sowjetzeitung „Qizil Özbekistan“ des offiziellen Staats- und Parteiorgans in Taschkent ersichtlich, die kürzlich zu dem türkisch-pakistanischen Freundschaftspakt schrieb: „Die englischen und amerikanischen Imperialisten haben ihre türkischen und pakistanischen Diener veranlaßt, den anti-sowjetischen Pakt dieser Art zu schließen. Dieser Pakt ist nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen die Völker des Orients, besonders gegen Indien und Afghanistan gerichtet“. Nach dem Zustande-

3. Überlassung des ihr rechtmäßig zustehenden Sitzes in der UNO an die Chinesische Volksrepublik;
4. Friedliche Wiedervereinigung Koreas;
5. Beendigung des Kolonialismus und der Einmischung ausländischer Mächte in die internen Angelegenheiten der asiatischen Länder;
6. Ausdehnung der 5 Prinzipien der Koexistenz;
7. Gefährlichkeit einer Teilnahme an Militärbündnissen- und -abkommen für die Länder Asiens;
8. Gefährlichkeit der Schaffung ausländischer Militärstützpunkte in Asien;
9. Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern Asiens;
10. Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen asiatischen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils;
11. Probleme Asiens in wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht. („Kasachstanskaja Pravda“ vom 25. 2. 1955.)

Die Sowjetregierung sandte zu diesem Kongreß eine Delegation, die sich aus sieben Turkestanern, fünf Russen und zwei Ukrainern zusammensetzte, unter der Führung des stellvertretenden Vorsitzenden des Schriftstellervereins der UdSSR, Tichonov, der als Kenner der Verhältnisse Asiens gilt. Von den Turkestanern sind der Rote Mufti von Turkestan, Eschan Babachan bin Abdul Medschid Chan und der Vorsitzende des Schriftstellervereins Tadschikistans Mirza Tursun-Zade in den orientalischen Ländern als sowjetische Propagandisten allgemein bekannt. Während Abdul Medschid Chan in religiöser Hinsicht Propaganda für die Sowjets betrieb, versucht Tursun-Zade durch sein dichterisches Talent die Menschen des Orients für die sowjetische Ideologie zu gewinnen. Seine Gedichtsammlung „Indische Ballade“, die er nach der Rückkehr von seinen häufigen Reisen nach Indien und Pakistan geschrieben hatte, wurde in Millionen Auflagen in persischer und Urdu-sprache in Moskau und Stalinabad gedruckt und hauptsächlich unter der Bevölkerung Indiens verbreitet. In dieser Gedichtsammlung wird die jahrhundertelange gegenseitige historische und kulturelle Verbundenheit zwischen Indien, Pakistan und Turkestan betont und das „unerträgliche Leben der Inder und Pakistaner“ im Gegensatz zu dem „Leben in Freiheit, Wohlstand und Bequemlichkeit“ in Turkestan hervorgehoben. Außer diesen bekannten Propagandisten gehörte der Turkestaner Dschora Chodscha, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der Özbekischen Sowjetrepublik, zugleich Vorsitzender der Gesellschaft zur Pflege der Beziehungen zum Ausland, der sowjetischen Delegation an. Bei diesem Kongreß handelte es sich um ein sowjetisches Manöver zur ideologischen Beeinflussung der Völker Asiens und der Tätigkeit der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung.

kommen dieses Paktes hatte die Sowjetregierung Afghanistan gedroht, im Falle eines Vertragabschlusses mit dem Westen den Unabhängigkeitsvertrag von 1921 zwischen Afghanistan und der Sowjetunion außer Kraft zu setzen.

Die arabischen Staaten zeigen ebenfalls eine antikommunistische Haltung. Saudi Arabien unterhält seit Jahren keine diplomatischen Beziehungen mit Moskau mehr. Auch Irak hat in letzter Zeit seine diplomatischen Verbindungen mit Moskau abgebrochen. Der Abschluß eines Beistandspaktes zwischen der Türkei und Irak vom Februar 1955 war eine Niederlage für die sowjetische Orientpolitik. Zur Zeit ist die Bekämpfung dieses Paktes eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten. In dem Aufruf der KP Syriens und des Libanons gegen den türkisch-irakischen Pakt heißt es u. a.:

Diese verbrecherische Union, welche von Washington und London begrüßt wird, ist eine ungeheure Verschwörung der Imperialisten gegen die arabischen Völker. Das indirekte Ziel dieser Union ist: politische, wirtschaftliche und militärische Ausplünderung aller arabischen Länder, Wiederherstellung der ausländischen Okkupation in Syrien und dem Libanon, sowie die Besetzung neuer Gebiete von Syrien und Irak und die Annexion dieser an die Türkei. Außerdem

beabsichtigt man, daß unsere Länder eine feindliche und provokatorische Außenpolitik, die von der Türkei ausgearbeitet ist, gegen die große sozialistische Macht und den echten Freund und Verteidiger allen nationalen Interesses der Araber, gegen die Sowjetunion durchführen". (Telegraf vom 21. 2. 1955 Beirut, zitiert „Kommunist Tadschikistana“ vom 23. 2. 1955 in Stalinabad.)

Der ideologische Kampf der Sowjets zeigt im Orient eine besondere Elastizität. Zu Beginn jeder Aktion stehen die Infiltrationsversuche sowjetischen Geistes. So folgte z. B. Indien Ende vorigen Jahres einer Einladung nach Turkestan, dort während der Dauer eines Monats ein sogenanntes Film- und Theaterfestival zu veranstalten. Dadurch kamen zahlreiche indische Künstler nach Turkestan. Professoren und Studenten wurden anschließend nach Beendigung dieser Kulturveranstaltung eingeladen. Die turkestanischen Sowjetzeitungen waren während dieser Zeit voll von Schlagzeilen: „Brudervolk“, „indische Friedenskämpfer“, „Befestigung der Freundschaft zwischen Indien und der Sowjetunion“. Die Verwandtschaft der Kultur und Sitten Indiens mit denen Turkestans waren das Hauptthema der Propagandaredner und Rundfunksendungen. Kurz nach dieser Kulturwoche reiste eine indische Wirtschaftsdelegation nach Moskau und Taschkent. Indien erteilte den Sowjets Aufträge zum Aufbau der indischen Industrie. Im indischen Parlament erklärte einer der Abgeordneten: „Wer von einem Eisernen Vorhang spricht, der ist im Irrtum. Die Ansichten England und Amerikas, daß in Turkestan die alten Kulturgüter vernichtet worden seien, sind falsch, im Gegenteil, die alten Kulturen werden gepflegt und eine neue Kultur hat ihre Blüte erreicht“. Der stellvertretende Vorsitzende des allindischen Friedensrates, Sayfuddin, erklärte: „Die Befestigung der Freundschaft zwischen Indien, der SU und China ist die Voraussetzung für den Frieden der Welt“. Nachdem die indischen Delegationen von Turkestan zurückgekehrt waren, fand in Delhi der Kongreß der indischen Gesellschaft zur Pflege der kulturellen Beziehungen mit der Sowjetunion statt, an dem Vertreter sowjetischer, kultureller Einrichtungen teilnahmen. Es wurde beschlossen, mehr Bücher über die Sowjetunion zu veröffentlichen, regelmäßig Vorträge zu veranstalten und das Studium der russischen Sprache zu fördern.

Die Sowjetregierung versucht, jegliche Situation ihrer Propaganda nutzbar zu machen. So bemühte sie sich auf den internationalen Wirtschafts- und Industrieausstellungen in Damaskus, Izmir und Djarkata, den Völkern des Orients durch ihren hohen Wirtschaftsstand zu imponieren. In Djakarta überließ sie ihr Ausstellungsgebäude mit der gesamten Ware den Indonesiern als Geschenk, worauf die Kommunisten im ganzen Lande Sympathiekundgebungen für die Sowjetunion veranstalteten. Die indonesische antikommunistische Partei „Dar ul Islam“ wurde von den Kommunisten als Agent der Imperialisten bezeichnet. Selbstverständlich sind die Sowjets an einem Handel mit den Orientländern interessiert. Nach sowjetischen Meldungen hat angeblich die Tschechoslowakei Afghanistan einen langfristigen Kredit in Höhe von 8 Millionen Dollar gewährt. Wahrscheinlich handelt es sich um sowjetische Kredite, wobei die Tschechoslowakei jedoch als Vermittler auftritt. Kurz nach dieser sowjetischen Meldung schloß die Sowjetunion mit Afghanistan ein Handelsabkommen. Wie unangenehm den Sowjets eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der afghanischen Wirtschaft ist, ist aus TASS Meldungen zu ersehen, in denen gegen den Einfluß des deutschen Kapitals im afghanischen Handel Stellung genommen wird.

Neben der durch Radio, Zeitungen, Bücher und Bulletins der Sowjetbotschaften ausgeführten Propaganda spielt im Orient die der kommunistischen Partei eine maßgebende Rolle. In den letzten 15–20 Jahren gelang es der Sowjetregierung in sieben Ländern des islamischen Orients unter der Bevölkerung etwa 50 000 Kommunisten zu werben. Dagegen stieg die Zahl der Kommunisten, wie die sowjetischen Zeitungen meldeten, in Indonesien von einer halben Million in den Jahren 1951–1952 auf 7 Millionen im Jahre 1954 an. Wenn die Gesamtzahl der Kommunisten auch im Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern sehr gering ist, so sind die Kommunisten des Orients jedoch, die eine ganz andere Taktik anwenden als ihre Genossen in Westeuropa, zu gefährlichen Elementen geworden. Sie versuchen das Nationalbewußtsein der Völker ihren Zwecken nutzbar zu machen. Es ist ihnen dabei gleichgültig mit welchen Kräften sie eine Front bilden.

So erklärte der Sekretär der KP Indonesiens, Ajdít, in der Zeitung Djakartas „Charian Rikyat“: „Es ist notwendig, eine enge Solidarität nationaler, religiöser und kommunistischer Organisationen zu schaffen. Das wird die beste Antwort gegen die imperialistischen Verschwörer und Landesverräter sein“.

Auch für die sowjetische „Befreiungspolitik der kolonialen und halb-kolonialen Völker vom imperialistischen Joch“ wurde Turkestan als Aushängeschild benutzt. Im Laufe von 5 Jahren (1949–1954) ließ die Sowjetregierung 119 Delegationen aus 38 Ländern nach Turkestan kommen. Die meisten von ihnen traten in ihren Ländern als Träger des sowjetischen „Befreiungsgeistes“ auf. So schrieb der Begleiter der nordafrikanischen Muslimdelegation, der französische General Tubert in seinem Buch „L'Ouzbékistan, république soviétique“, das von den Muslimen Nordafrikas sehr viel gelesen wurde, folgendes: „In der Zeit, in der sich die kolonialen Mächte in einem Dilemma befinden, und sie sich gegen die Freiheit der von ihnen versklavten Völker verschwören, ist es notwendig, die nationalen Probleme nach der sowjetischen Art zu lösen“ („Pravda Vostoka“ vom 24. 2. 1955).

Im Orient sind die Hintergründe der sowjetischen Nationalitätenpolitik und deren Folgen sehr wenig bekannt. Die Sowjetbehörden verstanden es, durch verlockende statistische Angaben, durch die Betonung der „nationalen Selbständigkeit“, durch die Vorstellung von „Staatspräsidenten“, „Ministerpräsidenten“ oder religiöser Oberhäupter aus den Reihen der Turkestaner, die Völker des Orients zu verwirren. Dadurch gelang es ihnen im Orient zahlreiche Fürsprecher für die Nationalitätenpolitik Moskaus zu finden. So schrieb z. B. auch im Sinne der Sowjets der Leiter einer der indischen Delegationen, Tedscha Singh: „Unsere Anwesenheit in der Taschkenter Oper, im Konservatorium und in anderen kulturellen Einrichtungen überzeugte uns, daß den Völkern Mittelasiens die Kultur nicht von außen diktiert wird, sondern, daß sie sich auf nationalem Boden entwickelte. Dies ist für die indische Nation in Asien von besonderer Bedeutung“ (Qizil Özbekistan“ vom 24. 2. 1955). Derartige Erklärungen sowjetischer Freunde blieben im Orient selbstverständlich nicht ohne Wirkung.

Die Sowjetregierung versäumte nicht die turkestanischen Mitglieder der sowjetischen Delegation, die vom 6. bis 9. 4. 1955 an der Delhi-Konferenz teilgenommen hatten, zu der asiatisch-afrikanischen Konferenz nach Bandung zu schicken. Diese Turkestaner sollen ihre „Erfahrungen in der Lösung nationaler und kolonialer Fragen und im sozialen Fortschritt, den Vertretern der Völker, die an der Konferenz teilnehmen, zur Verfügung stellen und sie in dieser Hinsicht beraten“, wie die Zeitung „Qizil Özbekistan“ vom 15. 3. 1955 berichtete.

Sowjetisierungsprozess Ostturkestans

Ostturkestan, das 1759 von den Chinesen erobert und seit 1877 von ihnen Sinkiang, d. h. „neue Provinz“ genannt wurde, befindet sich zwischen der Mongolei, China, Tibet, Kaschmir, Afghanistan und Westturkestan, bzw. der Sowjetunion. Seine mehr als 8 Millionen Bevölkerung besteht zu 96 % aus Türken und Muslimen. Unter der Führung Jakup Begs hatte Ostturkestan seine Unabhängigkeit erlangt, die von Rußland, England und der Türkei anerkannt worden war. 1877 gelang es jedoch den Chinesen, das Land zurückzuerobern.

Rußland, das nach der Besetzung Westturkestans zum direkten Nachbar Ostturkestans geworden war, war seit 1870 bestrebt gewesen, von seinen Militärstützpunkten im Ili-, Altay- und Osch-Gebiet aus Ostturkestan zu beeinflussen. Bis 1928 hatte Rußland dabei nur wirtschaftspolitische Ziele verfolgt, jedoch gab der Handel den Sowjets die Möglichkeit zu politischer Tätigkeit und seit 1929 gelang es ihnen, in Ostturkestan kommunistische Parteizellen aufzubauen.

Nachdem im April 1930 in Ostturkestan erneut eine nationale Erhebung ausgebrochen war, boten die Sowjets den Chinesen ihre Unterstützung an, um angeblich eine Einmischung Japans zu verhindern. Sie sicherten dem chinesischen Gouverneur Tschin Schu Dscheng Waffenlieferungen zu und schlossen mit ihm, der ohne Wissen seiner Regierung verhandelte, am 1. 10. 1931 ein geheimes Wirtschaftsabkommen ab. Auf Grund dieses Abkommens erhielt die Sowjetregierung unbeschränktes Handelsrecht und Handlungsfreiheit in Ostturkestan. Ihr Versprechen, den Chinesen im Kampf gegen die nationale Erhebung

Hilfe zu leisten, wurde von den Sowjets nicht gehalten, um, wie der Leiter der GPU-Mission in Ostturkestan, Dschumabay, der während des Krieges in Deutschland war, selbst berichtete, zuerst die chinesischen Truppen zu schwächen. Es gelang der Sowjetregierung, durch einen von ihr inszenierten Staatsstreich den sowjetfreundlichen Gouverneur Tschin-Schu-Dscheng am 12. 4. 1933 abzusetzen und Scheng-Schi-Tsaj, der seit 1928 Mitglied der KP der Sowjetunion war und im Dienste Moskaus stand, als Gouverneur einzusetzen. Er wurde später auch von der chinesischen Regierung anerkannt. Nachdem die Turkestaner den Sieg über die chinesischen Truppen errungen und am 10. 9. 1933 eine selbständige türkisch-islamische Republik proklamiert hatten, ließen die Sowjets, denen die Situation sehr gelegen kam, Anfang 1934 ihre Truppen nach Ostturkestan marschieren. Diese setzten sich aus folgenden Gruppen zusammen:

1. 7 000 „chinesische Freiwillige“, die in der Sowjetunion seßhaft waren;
2. 10 000 mandschurische Soldaten, die 1932 vor den Japanern nach Sibirien geflohen und von den Sowjets interniert, umgeschult und beeinflusst worden waren;
3. ein 3000 Mann starkes Panzerregiment, das sich „Altay-Freiwillige“ nannte;
4. 1800 russische Emigranten, die in den Jahren 1918–1924 nach Ostturkestan ausgewandert waren und sich den Sowjets zur Verfügung gestellt hatten;
5. 150 Flugzeuge mit chinesischen Hoheitszeichen;
6. eine spezielle Säuberungsgruppe der GPU, deren Stärke bisher unbekannt blieb.

Zur Rechtfertigung ihres Vorgehens behauptete die Sowjetregierung, Japaner und Engländer wollten mit den ostturkestanischen Feudalen eine eigene Herrschaft errichten und würden die Sowjetunion bedrohen. Dabei war ein maßgebender englischer oder japanischer Einfluß absolut nicht vorhanden gewesen. Es ist anzunehmen, daß die Sowjetregierung die Entstehung einer selbständigen Republik Ostturkestan wegen der politischen Auswirkungen auf Westturkestan sehr fürchtete. Gewiß hatten die Japaner mit großer Aufmerksamkeit die Lage in Ostturkestan beobachtet und waren an dem Zustandekommen einer nationalen Regierung interessiert gewesen, doch hatte dieses japanische Interesse keinesfalls das Stadium einer direkten Bedrohung der Sowjetunion erreicht. Die Japaner hatten sich sogar geweigert, die nationale Regierung Ostturkestans vorzeitig anzuerkennen, obwohl sich dieselbe in dieser Hinsicht bemüht hatte, wie der ehemalige Außenminister der Republik Ostturkestan, Kasim Hadschi Bek, der zur Zeit in Pakistan lebt, berichtete.

Die von den Aufständischen geschlagenen chinesischen Truppen wurden wieder zusammengestellt und erhielten verstärkte Hilfe der zentralen Regierung Chinas. Gemeinsam mit den oben aufgeführten Truppen der Sowjets operierten sie gegen die Streitkräfte der nationalen Republik. Die nationale Regierung wurde am 17. 11. 1935 gestürzt, die Regierungsmitglieder verhaftet und erschossen. Nur wenige von ihnen konnten fliehen. Ostturkestan wurde von da ab, obwohl es sich nominell unter chinesischer Herrschaft befand, vollkommen sowjetisch.

Seit 1931 war die Sowjetregierung bestrebt gewesen, ihre Positionen in Ostturkestan zu verstärken und besonders nach 1935 es zum Ausgangspunkt für die Kommunisten Chinas zu machen. So wurde das Land ohne Wissen Tschiang Kai-scheks zu einem russischen Stützpunkt innerhalb des chinesischen Reiches. Wie das möglich war, ist aus folgendem ersichtlich:

1. Der Gouverneur Scheng war der Vertraute der Sowjets und hatte elf Jahre lang (von April 1933 bis Juli 1944) nicht für die Chinesen, sondern für die Russen gearbeitet. Durch seine Unterstützung konnten die sowjetischen Funktionäre ihre Tätigkeit ausüben.
2. Die chinesische Armee in Ostturkestan stand unter dem Einfluß russischer Militärberater, die den Kommunismus in die Reihen der Offiziere und Soldaten infiltrierten und gleichzeitig politische Kommissare ausbildeten. Diese in Ostturkestan ausgebildeten politischen Kommissare ließen die Sowjets in andere Einheiten der chinesischen Streitkräfte versetzen, um mit Erfolg weiterhin die Armee im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Die sowjetischen Berater wie

die Generale Pogodin, Rabalkin, Kutsov, Djakov und andere erhielten nach dem Sieg des Kommunismus in China wegen ihrer hervorragenden Dienste in Ostturkestan bzw. China die höchsten Orden ihrer Regierung.

3. Die Sowjetregierung unterstellte durch ihre Zivilberater sämtliche Wirtschafts- und Verwaltungsstellen ihrer Kontrolle. Das oberste Kontrollrecht der Zivilverwaltung befand sich in den Händen der Russen Dr. Juravlev und Dr. Lapin. Dadurch konnte der Warenverkehr und Waffenschmuggel ohne Zollkontrolle stattfinden.
4. Zahlreiche Turkestaner wurden entweder in Ost- oder Westturkestan ausgebildet, um dann als Verwaltungsbeamte eingesetzt zu werden. Es handelte sich hierbei vorwiegend um Westturkestaner oder Angehörige anderer Türkvölker der Sowjetunion.
5. Es wurde eine Gesellschaft zur Bekämpfung des Imperialismus (Pendi Hui) gebildet, deren Aufgabe es war, kommunistische Propaganda und Spionage in Ostturkestan und China zu betreiben. Diese Gesellschaft arbeitete eng mit der KP Chinas zusammen.
6. Die Sowjetregierung nutzte die wirtschaftlichen Reichtümer des Landes aus. Im November 1940 schlossen die Sowjets mit dem Gouverneur Ostturkestans ein Abkommen, das aus 15 Artikeln bestand, in denen der Sowjetregierung das Recht der Feststellung, Erforschung und Ausbeutung von Zinn und anderen Mineralien eingeräumt wurde. Dieses Abkommen blieb geheim. Erst 1950 wurde der Text in Formosa veröffentlicht und von der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ im April 1954 wiedergegeben. Auch die Zeitschrift „Ost-Probleme“ 1954, Nr. 20 gab erstmalig in Deutschland den Inhalt dieses Abkommens bekannt. Durch dieses Abkommen hatten die Sowjets die volle Kontrolle über die Bodenschätze Ostturkestans erhalten.
7. Ohne irgendeine vorherige Verständigung mit dem Gouverneur oder der Regierung Chinas, begannen die Sowjets 1935, 350 km westlich von Urumtschi Erdöl zu bohren. 1937 gewannen sie 120 Millionen Tonnen Erdöl. Im Frühjahr 1942 entstanden 35 Bohrtürme mit einer Tagesförderung von 67,3 Tonnen.
8. Der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion, sowie der mißlungene Mordversuch an dem von den Sowjets selbst zur Macht verholfenen Gouverneur Schen-Schi-Tsaj, der bis 1942 das Interesse Moskaus wahrgenommen hatte und nach dem Attentatsversuch sich von Moskau distanzierte, veranlaßte die Sowjetregierung, bis auf weiteres aus taktischen Gründen auf alle wirtschaftlichen Interessen zu verzichten. So wurden die Arbeiten in den Zinngruben eingestellt, die Verhandlungen über eine Erdölkonzession abgebrochen, die Niederlassungen der sowjetischen Handelsgesellschaften geschlossen, ja sogar die in Hami stationierte Panzerdivision zurückgezogen. Ab April 1943 begann nach dieser kurzen Unterbrechung erneut eine Wirtschaftsoffensive, wobei als erstes 150 Tonnen Wolfram in die Sowjetunion transportiert wurden. Seit 1945 begann man mit der Ausbeutung von Diamanten-, Gold-, Uran- und Wismut-Vorkommen. Um diese stillschweigende sowjetische Ausnutzung der Wirtschaft zu beenden, schlug die Regierung Chinas Rußland am 4. 11. 1946 vor, ein Handelsabkommen abzuschließen, worauf die Sowjetregierung keine Antwort sandte. Mit den übrigen Wirtschaftserzeugnissen außer Uran, Wolfram und Zinn versorgten die Sowjets die Kommunisten Chinas. Sie unterstützten sie ferner mit Lebensmitteln und Waffen, die über die Turk-Sib-Bahn bis Tschugutschak und von hier aus bis ins Innere Chinas ohne irgendwelche Schwierigkeiten weitergeleitet werden konnten.

Diejenigen Turkestaner, die einer Verbreitung des sowjetischen Einflusses Widerstand leisteten, wurden von der Sowjetregierung verhaftet. So wurden z. B. die qazaqischen Stammführer des Altay-Gebietes, die unter dem Vorwand einer Versammlung nach Urumtschi berufen wurden, dort Anfang 1940 verhaftet. Aus Protest gegen diese Maßnahmen traten die Qazaqen am 2. 2. 1940 in den Aufstand. Die Bekämpfung der Aufständischen bereitete den Sowjets große Schwierigkeiten. Sie entließen deshalb die qazaqischen Stammführer Dschanim Chan und Elen Tora aus den Gefängnissen und sandten eine Delegation mit einem Waffenstillstandsangebot zu den Aufständischen. In dem Vertrag zwi-

schen Sowjets und Aufständischen vom 15. 5. 1940 verpflichteten sich die aufständischen Turkestaner, das Feuer einzustellen, sofern andererseits die Sowjets keine Russen mehr in ihr Land senden würden. Da die Russen ihre Verpflichtungen nicht einhielten, brach ein erneuter Aufstand aus. Inzwischen hatte Usman Batur eine Gesellschaft zur Entwicklung der Nation (Ultti örkendetü uyumu), durch die das Land die Unabhängigkeit erhalten sollte, gegründet. Es gelang den Aufständischen Ende 1946, im Ili- und Altay-Gebiet unter der Führung Usman Batur eine selbständige, provisorische nationale Republik Ostturkestan zu proklamieren. Die Sowjets versprachen dieser Regierung Waffenlieferungen und versuchten sie dadurch gegen die Chinesen zu beeinflussen. Usman Batur lehnte das Anerbieten ab. Ferner forderten sie, Usman Batur solle sich mit seinen Truppen vom Altay-Gebiet ins Ili-Gebiet zurückziehen. Auch dieses wurde abgelehnt. Daraufhin marschierten 6000 sowjetische Soldaten in das Altay-Gebiet Ostturkestans. Am 18. 9. 1941 schloß einer der aufständischen Führer, Abdulasis Kasim, der prosowjetisch gesinnt und sowjetischer Staatsbürger war, mit den Russen einen Waffenstillstandsvertrag, in dem er den Russen das Recht einräumte, weiterhin im Altay-Gebiet zu verbleiben. Usman Batur und seine Anhänger setzten den Kampf gegen die Chinesen und Russen fort. Anfang 1942 marschierten sowjetische Einheiten in Stärke von 23 000 Mann nach Ostturkestan. Der Kampf gegen die Aufständischen ging weiter. Wegen der kritischen Kriegslage vermied die Sowjetregierung, ihre Truppen in Ostturkestan verstreut gegen die nationale Erhebung einzusetzen. Sie dienten vorwiegend zur Sicherung ihrer Stützpunkte in Ostturkestan.

Am 25. 9. 1949 brach die Herrschaft Tschiang-Kai-scheks in Ostturkestan zusammen, nachdem die im Verwaltungsapparat befindlichen Kommunisten die Macht übernommen hatten. Damit trat die seit 1933 inoffiziell ausgeübte kommunistische Herrschaft in Ostturkestan offen in Erscheinung. Der Sowjetisierungsprozeß wurde nun in einer noch intensiveren Form durchgeführt. Die erste und wichtigste Aufgabe der kommunistischen Herrschaft in Ostturkestan war, die nationale Erhebung vollständig zu unterdrücken. Durch gemeinsame Operationen sowjetischer Einheiten, die sich seit 1942 in Ostturkestan befanden, und der Kommunisten Chinas konnten die Aufstände Ende 1951 unterdrückt werden. Der Oberbefehlshaber der Freiheitstruppen, Usman Batur, und 25 seiner führenden Mitkämpfer wurden, wie Radio Urumtschi vom 24. 8. 1951 gemeldet hatte, in Anwesenheit von etwa 90 000 Menschen demonstrativ in Urumtschi erhängt. Der Sekretär der KP Ostturkestans, Scho-Li-Hin erklärte am 28. April 1951: „Es wurden 13 569 Anhänger Usman Batur, 889 Angehörige der Einheiten von Muhammed Niyaz (einer der Führer des Freiheitskampfes) und 300 Anhänger von Mahsud Sabri (der von den Kommunisten selbst zum Gouverneur ernannt und am 8. 4. 1951 wegen Unterstützung der Nationalisten verhaftet worden war) vernichtet.“

Der ehemalige Präsident der kommunistischen Landesregierung, Burchan, sagte in seiner Radioansprache am 1. 1. 1952: „Im Laufe von drei Jahren wurde die Antirevolutionsbewegung unterdrückt. Die Säuberung unserer öffentlichen Einrichtungen von aufständischen Banditen, nationalistischen Feinden und Anhängern der Imperialisten wurde mit Erfolg durchgeführt. Es ist uns gelungen, von oben genannten Volksfeinden 120 000 zu vernichten.“ Nach der Bekanntgabe von Scho-Li-Hing waren seit der Machtübernahme durch die Kommunisten 30 nationale Organisationen aufgedeckt worden. Zwischen aufständischen Turkestanern und kommunistischen Truppen hatten 66mal erbitterte Kampfhandlungen stattgefunden (Zeitschrift „Milli Türkistan“, Nr. 75, 1951, S. 8–9), jedoch waren die Aufständischen nicht in der Lage gewesen, sich durchzusetzen. So begann seit 1951 ein Flüchtlingsstrom nach Kaschmir. Nach Angaben von Flüchtlingen aus Ostturkestan, die jetzt in Pakistan und der Türkei leben, versuchten etwa 60 000 Freiheitskämpfer mit ihren Familien, vor der kommunistischen Herrschaft zu fliehen. Nach dem Bericht des „Manchester Guardian“ vom 2. 11. 1953 gelang es nur etwa 35 000, das Himalaya-Gebirge zu erreichen. Die übrigen starben im Kampf mit den Kommunisten oder wurden gefangen genommen. Zahlreiche Flüchtlinge, die versuchten, sich über das Himalaya-Gebirge zu retten, erfroren, oder kamen durch Krankheiten und Hunger ums Leben. Etwa 3200 Männer, Frauen und Kinder erreichten Kaschmir und konnten dort Zuflucht finden. Von hier wanderten

sie zum größten Teil nach Pakistan und der Türkei aus. Die türkische Regierung genehmigte 1952 die Aufnahme von 8000 turkestanischen Flüchtlingen. Etwa 2000 fanden bisher Unterkunft. Zur Zeit bemüht sich die Türkei, ihnen eine Existenzgrundlage zu schaffen. Über das tragische Schicksal der Aufständischen, die mit Tapferkeit, starkem Lebenswillen und ausgeprägtem Volksbewußtsein einst versucht hatten, ihrem Land die Freiheit zu erhalten, berichtete ausführlich Goldfrey Lias in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 17. 2. und 20. 2. 1955 unter der Überschrift „Freiheitskampf der Nomadenstämme in Sinkiang“.

Der Sowjetisierungsprozeß in Ostturkestan, der zur Zeit noch nicht abgeschlossen ist, wurde in folgender Weise durchgeführt:

1. In den nach dem Muster der Sowjetunion aufgebauten Verwaltungsapparat wurden von den Sowjets, aktive Kommunisten, die bereits seit 1933 in Ostturkestan für Moskau tätig waren, eingesetzt, wobei es sich hauptsächlich um Russen, Turkestaner, Chinesen und Mongolen handelte.
2. Die gesamten Kontrollmaßnahmen wurden dem sowjetischen Generalkonsulat übertragen, das die Befehle Moskaus an den Verein der Sowjetbürger, dessen Vorsitzender der Russe Ugulin ist, weiterleitet. Der Präsident der Landesregierung, Sayfuddin Asis, der im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens steht, ist ebenfalls sehr moskaufreundlich gesinnt.
3. Die Kontrolle über die gesamten Verkehrswege wurde von den Sowjets übernommen. Dadurch konnte die Sowjetregierung die Verbindungslinien nach China in der Hand behalten.
4. In den Schulen wurde der russische Sprachunterricht eingeführt. Der Kampf gegen den Islam war eine der wichtigsten Maßnahmen zur Durchdringung der kommunistischen Ideologie. Es wurde ein Gottlosen-Verein gegründet. Die Moscheen wurden abgerissen oder geschlossen. Den Turkestaner Chodscha Niyaz Hadschi ernannte man zum Mufti und stellte ihm die Aufgabe, unter der Bevölkerung den Kommunismus zu propagieren.
5. Durch die Klassenkampfpolitik wurde nach der Radiomeldung aus Urumtschi vom 13. 5. 1953 die kapitalistische Klasse „unschädlich“ gemacht. Der Minister für innere Angelegenheiten Ostturkestans, Chu-Ju-Sing, teilte mit, daß innerhalb eines Jahres 7759 kapitalistische Elemente beseitigt worden waren. Die Regierung bildete zur Bekämpfung der Konterrevolutionäre und der kapitalistischen Elemente 1730 Gruppen, je 10–15 Mann stark, die von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt zogen, um die Feinde der Kommunisten ausfindig zu machen. Im Zuge der Beseitigungsaktion wurde sogar der sehr vermögende Turkestaner Abdul Karim Mahdum, der seit 30 Jahren für die Sowjets gearbeitet und den größten Teil seines Vermögens der sowjetischen Propaganda zur Verfügung gestellt hatte, verhaftet.
6. Etwa 70 Prozent der Bauern wurden kollektiviert. Es entstanden 28 Staatsgüter, die alle nach sowjetischem Muster arbeiteten.
7. Zur Ausnutzung der Bodenschätze wurden 1950 sowjetisch-chinesische Gesellschaften zur Gewinnung von Edelmetallen und Erdöl gegründet. Nachdem die Sowjets die Mineralien- und Ölfeldergebiete mit eigenen Leuten besetzt hatten, wurden die Gesellschaften am 12. 10. 1954 liquidiert. Die Sowjetregierung behielt sich das Recht vor, weiterhin auf dem in der Takla-Makan-Wüste eingerichteten „Friedensgrad“ (wahrscheinlich Atomwaffenherstellungsgebiet) zu verbleiben. Wegen der reichen Uran-Thoriumvorkommen errichtete die Sowjetregierung, wie Augenzeugen berichteten, in Ostturkestan eines der Atomenergiezentren, das unter der wissenschaftlichen Aufsicht von Prof. Skobeletzin stand. Ostturkestan wurde zu einer sowjetischen Militärbasis, wobei die Chinesen nicht unbeteiligt geblieben sind. Unter dem Vorwand, in die Altay- und Ili-Gebiete, den eigentlichen Industrierohstoffzentren, Facharbeiter zu schicken, brachten die Sowjets bisher allein im Altay-Gebiet mehr als 80 000 Russen unter. Sobald die geplante Eisenbahnlinie zwischen Lanchow–Alma-ata fertiggestellt ist, sind die Sowjets in der Lage, Ostturkestan von zwei Seiten zu erreichen, während die Chinesen auf die Benutzung nur einer Bahnverbindung angewiesen sind.

Ein besonderes Merkmal der Sowjetisierung Ostturkestans war die Anwendung der sowjetrussischen Nationalitätenpolitik. Bekanntlich hatte die Sowjetregierung in Westturkestan die Aufteilung des Landes nach den Grundsätzen seiner Nationalitätenpolitik unternommen. Nun wurde dieses Experiment auch in Ostturkestan durchgeführt. Bereits 1949 hatten die Kommunisten bekanntgegeben, daß in Ostturkestan „14 Nationen“ vorhanden seien, eine Propaganda, die auch in der „Prawda“ und in den turkestanischen Sowjetzeitungen verbreitet wurde. Die Hervorhebung dieser „Nationen“ sollte nach Ansicht der Kommunisten der Zerschlagung der „pantürkischen Bestrebungen“ dienen und den „Nationen“ ein Selbstverwaltungsrecht gewähren. So forderte die kommunistische Regierung Chinas bei der Anwendung der sowjetischen Nationalitätenpolitik in Ostturkestan für jede „Nation“ ein „autonomes Recht“ innerhalb der Volksrepublik China, obwohl in der Verfassung der Volksrepublik keine Rede von einer Föderationsstruktur war. Es wurde geplant, folgenden Gebieten ein „autonomes Recht“ zuzubilligen, die

1. nur eine einzige nationale Mehrheit besitzen,
2. zu einer nationalen Gruppe gehören, obwohl dort mehrere nationale Minderheiten leben,
3. zwei oder mehrere Nationalitäten in gleicher Stärke besitzen.

Seit der Aufteilung des Landes nach diesem Schema existiert Ostturkestan in den Augen der Kommunisten nicht mehr. Am 18. 11. 1954 meldete die Zeitung „Sovetskaja Kirgisija“, daß in Ostturkestan ein dunganisches und kirgisches autonomes Gebiet entstanden sei und die Bildung eines uigurischen und qazaqischen autonomen Gebietes geplant werde. Am 1. 12. 1954, zwanzig Tage später, gab Radio Hsin-Hua bekannt, daß bereits am 28. 11. 1954 ein autonomes qazaqisches Gebiet mit seinen Volksvertretungen gebildet worden sei. Dieses neue kommunistisch-nationale Gebiet umfaßt die Gebiete Ghuldscha, Tarbaghatai und Altay. Es grenzt mit dem Altay-Gebiet an die Sowjetunion und mit dem Tarbaghatai-Gebiet an die mongolische Volksrepublik. Die Gesamtbevölkerung beträgt etwa 770 000. Nach Ansicht der Kommunisten sind hier Vertreter von 12 Nationen vorhanden. Auf einer siebentägigen Konferenz vom 21. 11. bis 28. 11. 1954 wählten 239 Vertreter dieser 12 angeblichen Nationen einen Volksrat, aus 36 Mitgliedern bestehend. Vorsitzender wurde Batyr-Chan, ein Turkestaner (aus der Qazaqischen SSR), der als sowjetischer Staatsangehöriger beim russischen Konsulat in Ili beschäftigt gewesen war.

Mit der Bildung dieses qazaqischen autonomen Gebietes, neben einem dunganischen und kirgisischen ist die Aktion der Aufteilung Ostturkestans nicht beendet. Es besteht vorläufig noch die „Provinzial-Versammlung der Volksvertreter“ Ostturkestans, die sich aus 375 Mitgliedern, unter denen sich 231 Ujguren, 47 Chinesen, 47 Qazaqen, 10 Dunganen, 9 Kirgisen und 7 Mongolen befinden, zusammensetzt. Diese

Einrichtung wird ihre Tätigkeit einstellen, sobald Ostturkestan völlig in „nationale autonome Gebiete“ aufgeteilt sein wird.

Die Auswirkungen der Aufteilung Ostturkestans zeigten sich bereits deutlich auf der Allchinesischen Versammlung 1954, auf der die „Volksvertreter“ nicht mehr als Delegierte Ostturkestans, sondern als Vertreter der im Entstehen begriffenen „nationalen autonomen“ Gebiete auftraten. So nahmen an der Versammlung aus Ostturkestan 12 Ujguren, 3 Chinesen, 3 Qazaqen, 1 Mongole, 1 Dunganer, 1 Kirgise und 1 Tatare teil. Der gegenwärtige Vorsitzende der ostturkestanischen „Provinzial-Versammlung“, Sajfuddin, wurde als einer der 13 Stellvertreter des ständigen Komitees der Allindischen Versammlung, nicht als Vertreter Ostturkestans, sondern als Vertreter der Ujguren (ihre Zahl beträgt in Ostturkestan etwa 3,7 Millionen) berufen.

Ob die Sowjetregierung eines Tages die Annexion Ostturkestans an die Sowjetrepubliken Turkestans fordern wird, ist vorläufig nicht vorauszusehen. Es ist möglich, daß sie diesen Schritt nicht unternehmen wird, um innerhalb des chinesischen Reiches einen ständigen Stützpunkt zu halten, was für sie wichtiger ist, als eine Besetzung des Landes.

Warum gewährten die chinesischen Kommunisten den Russen nun in Ostturkestan eine derartige Handlungsfreiheit? Für die Kommunisten Chinas war es notwendig gewesen, zuerst ihre Macht in Ostturkestan wiederherzustellen. Ohne die Hilfe Rußlands wäre den chinesischen Kommunisten die Bekämpfung der nationalen Bewegung, einer Volksbewegung, die seit der chinesischen Eroberung des Landes vorhanden gewesen war, nicht so schnell gelungen. Außerdem sahen sich die Chinesen nicht in der Lage, die Auswirkungen eines fast sechzehnjährigen Einflusses der Sowjets in Ostturkestan zu beseitigen. Die Kommunisten Chinas erkennen, daß die Sowjetregierung versucht, von Ostturkestan aus ihren Einfluß auf die übrigen Muslimen des chinesischen Reiches, die etwa 60 Millionen betragen, auszuüben und bemühen sich deshalb, durch eine schnelle Umsiedlung von Chinesen nach Ostturkestan, ein Programm, das schon von Sun-Jat-Sun 1913 ausgearbeitet worden war, dem sowjetischen Vorgehen entgegenzutreten.

Ob diese versteckte Rivalität zwischen China und Rußland einmal zum Ausbruch kommen wird, ist nicht vorauszusagen. Eines steht jedoch fest, daß die Russen bisher schneller handelten als die Chinesen. Zwischen dieser unausgesprochenen Rivalität steht Ostturkestan, dessen völkische Existenz durch beide gefährdet ist. Andererseits erhielten die Kommunisten Chinas die Hilfe der Sowjets von Ostturkestan aus, und daher nahm bisher in China niemand das Vorgehen der Sowjets in Ostturkestan übel. Kleine Opfer für die große Sache ist die eigentliche Taktik der Kommunisten. An dem Beispiel Ostturkestans erkennen wir, daß ein Land sowjetisiert werden kann, ohne daß es annektiert wird. So bedeutet die wühlerische Tätigkeit der Sowjets in den freien Ländern des Orients eine nicht zu verkennende Gefahr, die viel größer ist, als man bisher angenommen hatte.

RICHARD LOWENTHAL

Stalinismus ohne Stalin

Der im folgenden veröffentlichte Aufsatz von Richard Lowenthal wurde mit Genehmigung des Verlages der englischen Zeitschrift „THE TWENTIETH CENTURY“ (März 1955) entnommen.

Am 21. Dezember vergangenen Jahres, am 75. Geburtstag des verstorbenen Stalin, hat die Tägliche Rundschau, das Organ der sowjetischen Besatzungsmacht in der Ostzone, eine merkwürdige Photographie veröffentlicht, auf der Stalin zusammen mit Woroschilow, dem verstorbenen Shdanow, Bulganin und Chruschtschew zu sehen ist. Betroffen von der etwas ungewöhnlichen Zusammenstellung haben westliche Rußlandkenner sofort bewiesen, daß das Bild eine Fälschung ist: Die Personen Bulganin und Chruschtschew wären dem ursprünglichen Trio von anderen Aufnah-

men her hinzugefügt worden. Der Zusammensetzung unter Fortlassung von Malenkow liege demnach eine Absicht zugrunde — eine Andeutung auf die kommenden Ereignisse. Denn hier, auf dem Bilde, an der Seite Stalins seien der Präsident, der erste Parteisekretär und der zukünftige Ministerpräsident der Sowjetunion zu sehen — und Malenkows toter Rivale.

Wenn man heute zurückschaut, scheint es klar zu sein, daß zu jener Zeit Malenkows Sturz im innersten Kreis der „kollektiven Führung“ schon beschlossen gewesen ist. Die Anklage

gegen Abakumow, einen der ehemaligen Staatssicherheitsminister, wegen seiner Rolle im „Leningradfall“ — d. h. wegen der Verleumdung der Anhänger Shdanows nach dessen Tode zum Vorteile Malenkows — war gerade im Gange. Und die gleiche Ausgabe der Prawda, die einige Tage später die Nachricht von der Hinrichtung Abakumows brachte, hat auch das Interview Chruschtschews mit Professor Bernal veröffentlicht — das 3 Monate früher gewährt worden war — in dem Chruschtschew als Initiator des „neuen Kurses“ hingestellt und auf Malenkows

grobe Fehler hingewiesen wurde, der im August 1953 behauptet hatte, die Sowjetregierung habe das Getreideproblem gelöst. Noch einige Tage später, am 28. Dezember, gab die Veröffentlichung einer Chruschtschew-Rede über die beherrschende Rolle der Schwerindustrie das Stichwort für einen Chor von Stimmen, die bis zu den Versammlungen des Zentralkomitees und des Obersten Sowjets, der formell die Ablösung Malenkows regelte, immer stärker anschwellen.

So sind innerhalb einer Woche alle wichtigen Faktoren der bevorstehenden Veränderung sichtbar geworden. Da war das Bündnis zwischen Chruschtschew an der Spitze der Parteimaschine und Bulganin, Anführer der politischen Generale und Kommissare. Da wurde Shdanows Name

beschworen und seine überlebenden Anhänger rehabilitiert. Da wurde im Sinne stalinistischer Orthodoxie das Schwergewicht ausschließlich auf die Schwerindustrie gelegt. Da war der Versuch, Malenkow die Schuld für die dauernden Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zuzuschreiben und ihm das Verdienst zu nehmen, die volkstümlichen Maßnahmen des „Neuen Kurses“ eingeführt zu haben. Über die Außenpolitik ist in diesem Zusammenhang nichts Genaueres gesagt worden, aber die Sprache wurde von da an drohender, und der Zusammenhang zwischen der Bedeutung, die der Schwerindustrie zugemessen wurde, und den Rüstungsanstrengungen war wohlbekannt. Nur die allem zugrundeliegende große Frage wurde niemals angeschnitten: Die Zukunft des Parteiregimes selbst.

Ein Entschluß mit revolutionären Folgen

Als Stalin gestorben war, war die erste tastende Handlung seiner Erben, eine Art Machtaufteilung zwischen Partei und Staat in die Wege zu leiten. Während der Übergangsperiode sind die entscheidenden Verordnungen gemeinsam vom Zentralkomitee der Partei und vom Ministerrat unterschrieben worden. Innerhalb einer Woche ist beschlossen worden, daß der Posten des Ministerpräsidenten und Parteisekretärs nicht mehr länger in Personalunion verwaltet werden sollte. Die gleiche Vorschrift erging ordnungsgemäß an alle „kleinen Stalins“ in den Satellitenstaaten. Aber als dann Malenkow der damals unbestritten das höchste Mitglied in der Parteihierarchie war, seine Wahl zu treffen hatte, zog er die Regierung vor.

Das war ein Entschluß mit geradezu revolutionären Folgen. Er drückte die Überzeugung des höchsten Parteiführers aus, daß die Partei als Politik gestaltendes Organ keine Zukunft mehr hatte — daß sie nicht mehr als nur ein Propagandainstrument war und auf gleicher Ebene lag wie die anderen Regierungsapparate. Die kollektive Führung in jener Phase nach dem Ende von Stalins persönlichem Kontrollapparat bedeutete tatsächlich, daß die Leiter aller dieser Apparate — der Armee, der Geheimpolizei, der Regierung, der wirtschaftlichen Führung — gleichen Rang hatten und der erste Sekretär der Partei nur einer von ihnen war.

Diese Regelung war offensichtlich nicht von Dauer. Abgesehen von persönlichen Rivalitäten unter den Führern ließ sie die Frage nach dem Sitz der obersten Macht unbeantwortet. Sie würde nur Sinn gehabt haben, wenn ein anerkannter Diktator an der Spitze gestanden hätte, aber Malenkow hatte weder die Autorität eines fest im Sattel sitzenden Diktators noch seine Kontrollmittel in der Hand. Sie verletzte die Ansprüche der Parteibürokraten und ermutigte den Ehrgeiz der Armee- und Polizeiführer. Als Malenkow weder dieses schwierige Gleichgewicht aufrechterhalten noch es entscheidend zu ändern vermochte, schien Beria auf Grund seiner Kontrolle über die Geheimpolizei die besten Aussichten zu haben, die ganze Macht an sich zu reißen. Als ihn eine Koalition von Partei- und Armeeführern zu Fall brachte, wurde das Gleichgewicht aus den Angeln gehoben. Die

Frage der obersten Kontrolle tauchte wieder auf der Tagesordnung auf, und nur zwei ernsthafte Anwärter waren übriggeblieben — die Partei und die Armee.

Wieder konnte Malenkow sich nicht entscheiden. Er war nicht der Mann dazu, es fehlte ihm das militärische Prestige, um „einen Staatsstreich à la Napoleon“ zu inszenieren, und er war nicht mehr in der Lage, die Partei wirklich zu führen. Vielleicht hat er geglaubt, er könne das Gleichgewicht aufrechterhalten; aber die Partei war jetzt gründlich alarmiert und auf dem Posten. Bis zu diesem Zeitpunkt war es möglich gewesen, den Kult mit Stalins Person niederzuhalten und eine undoktrinäre „sachliche“ Betrachtungsweise der gegenwärtigen Fragen zu fördern. Jetzt aber wurde die „kollektive Weisheit“ der Partei besonders herausgestellt, die Partei eignete sich die von Malenkow eingeführten populären Wirtschaftsreformen an und selbst der Stalinkult wurde bis zu einem gewissen Grade wieder belebt. Unter „kollektiver Führung“ wurde nun die Kontrolle der Partei über alle Zweige der Staatsmaschine verstanden — und als diese Entwicklung zunahm, wurde Malenkows Stellung immer schwächer.

Die Verbindung zwischen Chruschtschew und den politischen Kommissaren stammt ganz deutlich aus der Zeit von Berias Sturz und seiner Nachwehen. Die Parteimaschine brauchte die Armee, um Beria zu Fall zu bringen — und sie brauchte die Kommissare, um die Armeeführer daran zu hindern, eine Macht aus eigener Machtvollkommenheit zu werden. Sie fühlten, daß eine ideologische Neubelebung der Partei notwendig war, und sie fanden das Vorbild hierfür nicht in der Zeit, als Malenkow zu den intimsten Vertrauten Stalins zählte — die Zeit der Volksfront im Auslande und der großen Säuberung zu Hause, des kriegsbedingten Bündnisses mit seinen ideologischen Konzessionen an Patriotismus und Religion und der internationalen Säuberung, die auf Titos Abfall und auf den Tod Shdanows folgte — sondern vielmehr in Shdanows Versuch, die Partei im Jahre 1939 zwischen der großen Säuberung und dem Kriege zu verjüngen, und in seinen Bemühungen, die revolutionäre Offensive gegen den Westen zwischen 1946 und 1948 zu unterstützen.

So war es nur natürlich, daß der neue Bund die überlebenden Anhänger Shdanows sammelte und sich seine Spitze mehr und mehr gegen Malenkow richtete. Das erste untrügliche Anzeichen ereignete sich im November 1953, als Chruschtschew persönlich den Leningrader Parteisekretär Andrianow absetzte, der Malenkows Platzhalter in diesem Zentrum von ausschlaggebender Bedeutung nach der Säuberung der Anhänger Shdanows geworden war.

Im Frühling 1954 begannen hier und da Artikel zu erscheinen, die Chruschtschews Kriegsvergangenheit auf Kosten Malenkows priesen. Dabei wurde das Staatsverteidigungskomitee niemals erwähnt — das innere Kriegskabinetts der Fünf, dem Malenkow und Beria angehört hatten, aber nicht Chruschtschew — und die Rolle herausgestellt, die die Parteidelegierten unter Stalin gespielt hatten — besonders Shdanow, Schtscherbakow (Leiter der politischen Abteilung der Armee bis zu seinem Tode im Jahre 1944), Bulganin und Chruschtschew. Die beiden toten Führer, mit denen auf diese Weise die Namen von Chruschtschew und Bulganin verbunden wurden, waren die gleichen, die während der letzten Tage Stalins als Opfer der „Ärzteverschwörung“ genannt worden waren. Diese Propaganda schien sich somit an die Gruppe politischer Generale zu wenden, die in diesem erdichteten Schreckensstück als die nächsten Opfer genannt worden waren.

Im Juni 1954 begann die Sowjetpresse damit, die Namen der Führer in alphabetischer anstatt in rangmäßiger Ordnung aufzuführen — ein übertriebener Kollektivismus, der andeutete, daß Malenkow nicht länger den ersten Platz behaupten konnte und Chruschtschew noch nicht. Doch als Chruschtschew anläßlich des Kongresses der tschechoslowakischen kommunistischen Partei sich von seinem Manuskript freimachte, um der Politik der „Koexistenz“ eine streitbare und drohendere Färbung zu geben, hat er einen Rückschlag erlitten. Die russische Presse hielt sich an den vorher formulierten Text, und auf einer kurz darauf folgenden Konferenz des Zentralkomitees wurde Chruschtschew ausnahmsweise nicht als Hauptredner über den Stand der Landwirtschaftskampagne genannt. Als Ryumin, der „Erfinder“ der Ärzteverschwörung, im Juli hingerichtet wurde, klang es fast wie eine Warnung. Erst nach der Rückkehr von Chruschtschew und Bulganin aus Peking im Herbst schien der Rückschlag überwunden zu sein. Im Dezember hatte Chruschtschew ganz offensichtlich die Unterstützung der Armee selbst gewonnen, und Malenkow hatte nichts mehr in der Hand, um das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten.

* * *

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Frage der wirtschaftlichen Priorität in der zukünftigen Planung die Entscheidung gebracht — die Frage, ob Verbrauchsgüter oder Verteidigungs- und Schwerindustrie — und Chruschtschew über diese Frage ein Einvernehmen mit den Armeeführern, zum Unterschied von einer beschränkten Gruppe politischer Generale und Kommissare, hergestellt hat.

Der von Malenkow im Sommer 1953 eingeführte „Neue Kurs“ entsprach gleich-

zeitig einer bitteren Notwendigkeit und dem Wunsch nach Popularität. Es war unvermeidlich geworden, das von Stalin angeordnete Tempo für die Investitionen etwas zu verlangsamen, was sich auch noch auf die neuen, vom derzeitigen Team für das laufende Jahr angekündigten Pläne auswirkt. Eine Rückkehr zum alten Tempo ist nicht möglich, ohne die Arbeitskräfte und Rohstoffquellen wieder übermäßig zu beanspruchen. Ebenso war es unerlässlich geworden, sich ernsthaft um das entsetzliche Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der industriellen Entwicklung und den elementaren Bedürfnissen der anwachsenden Bevölkerung zu bemühen. Das Versprechen, die Versorgung mit Verbrauchsgütern wesentlich zu verbessern, dürfte sich als Anreizmittel als sehr nützlich erweisen, doch hätte es von einem Regime, das seiner Autorität vollkommen sicher war, vermieden werden können.

Das Versprechen sollte in drei Etappen erfüllt werden. Der erste unmittelbare Warenstrom wurde einfach staatlichen Reserven entnommen oder als Fertigwaren aus dem kapitalistischen Westen eingeführt — selbst gegen Gold. Die mittelfristigen Lieferungen wurden durch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität bereitgestellt, wobei der Leichtindustrie mehr Arbeitskräfte und Rohmaterialien zugeweiht — wieder unter Einschluß von Importen — und die technische Einrichtung und der Abfall aus den Maschinen- und Verteidigungsindustrien zur Herstellung von Verbrauchsgütern „als Nebenprodukte“ ausgenutzt wurden. Diese Pläne sind trotz einiger bemerkenswerter Ergebnisse im allgemeinen nicht erfüllt worden. Schon der bloße Versuch, sie einer voll ausgelasteten Maschinen- und Verteidigungsindustrie aufzuerlegen, die außerdem versuchte, den erhöhten Anforderungen für die Mechanisierung der Landwirtschaft Rechnung zu tragen, und die Umkehrung der Versorgungspriorität in einer plötzlich „komsumbewußten“ Atmosphäre scheint im ganzen sowjetischen Einflusssbereich beträchtliches Durcheinander hervorgerufen und den Betrieb der gewöhnlich besonders verhätschelten Schwerindustrie schwer beeinträchtigt zu haben. Der Widerstand ihrer Leiter und der zuständigen Ministerien, das Verteidigungsministerium einbegriffen, spitzten sich zu, bevor die dritte Etappe — eine größere Kapitalinvestierung in die Verbrauchsgüterindustrie, wodurch auf die Dauer allein ein steigender Lebensstandard hätte gesichert werden können — auch nur einigermaßen erreicht war. Die neuerliche Rückkehr zur orthodoxen stalinistischen Politik einer Priorität der Schwerindustrie bedeutet, daß angesichts der jetzt angenommenen Pläne die dritte Etappe niemals Gestalt gewinnen wird. Darüber hinaus deutet die Herabsetzung der Zuteilung für die Leichtindustrie im Staatshaushalt und in der Planung für 1955 und Bulganins Warnung vor einer „Verschwendung“ der Staatsreserven darauf hin, daß selbst der während der beiden ersten Etappen gesicherte Warenstrom jetzt wieder einmal eingeschränkt wird.

Die gegenwärtigen Zuteilungen an die Schwerindustrie werden nicht nur auf Kosten der Leichtindustrie, sondern sogar der dringendsten Be-

dürfnisse der Landwirtschaft erhöht. Die für den Umschwung angeführten Gründe lassen klar die entscheidende Bedeutung der Schwerindustrie für Rüstungszwecke erkennen, und diese Erklärung wird noch durch die ganz offensichtliche Erhöhung des Verteidigungsbudgets gestützt. In Rußland ist wie im Westen der Kampf um die wirtschaftliche Priorität eng mit den Aussichten für die internationale Lage verbunden.

Malenkows Versuch, sich Popularität im Lande zu erwerben, wurde unterstützt durch die gleichzeitigen Bemühungen, die Spannungen in der Welt zu vermindern — und durch die Aussicht auf ein Nachlassen des Rüstungswettlaufs. Die Außenpolitik, die dies ermöglichen sollte, zielte auf eine Konsolidierung des Status quo. Sie bot dem Westen keine Konzessionen oder Rückzüge an irgendwelchen Stellen an, aber sie machte einen echten — und erfolgreichen — Versuch, die örtlichen Kriege zu beenden, sie suchte die Diplomatie der Drohungen zu vermeiden, den Druck entlang der „Eisernen Vorhangs“-Grenzen zu vermindern, und sie schien auf ihrem Höhepunkt im letzten Sommer eine echte Aussicht auf ein Abkommen über die Begrenzung — und eventuelle Herabsetzung — wenigstens der konventionellen Waffen und Streitkräfte zu eröffnen. Weit davon entfernt an der westlichen Unnachgiebigkeit gescheitert zu sein, wie die Apologeten des Neo-Stalinismus heute behaupten, hat die Politik durchaus Erfolge gehabt in den beiden unmittelbaren Fragen des indochinesischen Waffenstillstandes und einer allgemeinen Auseinandersetzung mit der westlichen Politik. Um sich das klar vor Augen zu führen, braucht man

nur die augenblickliche Haltung der Eisenhower-Regierung mit den ersten Erklärungen bei ihrer Amtsübernahme zu vergleichen. Die Isolierung des sowjetischen Blockes in der internationalen Diplomatie hatte ein Ende gefunden, und der Druck der westlichen Meinung zugunsten einer beschleunigten Abrüstung ging weit über die Verhandlungen hinaus. Die sowjetischen Führer waren sich vollkommen bewußt, daß sich die westlichen Pläne einer Aufrüstungsbegrenzung Westdeutschlands ausgezeichnet in einen allgemeinen Plan der Konsolidierung des Status quo und der Rüstungsbegrenzung einfügten — selbst wenn ihre Propaganda vorgab, dies nicht zu bemerken.

Jetzt ist dieser Plan zugunsten einer Rückkehr zum Wettrüsten und zur Diplomatie der Drohungen aufgegeben worden, wie Molotows Rede an den Obersten Sowjet klar beweist. Weit davon entfernt, den sowjetischen Führern durch westliche Unnachgiebigkeit aufgezwungen zu sein, haben die offensichtlichen Meinungsverschiedenheiten des Westens über Formosa und die dauernde westliche Schwäche in Asien im allgemeinen den Umschwung vielleicht sogar erleichtert. Trotz der Bildung der SEATO verleitet die südostasiatische Situation immer noch dazu, auf die Nachbarn Chinas und Vietminhs einen Druck auszuüben. Aber das entscheidende Motiv für die Beendigung des „Neuen Kurs“ auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet in diesem Stadium ist wohl in innenpolitischen Erfordernissen der Parteidiktatur zu suchen und in dem Entschluß der Chruschtschew-Bulganin-Partei, die Parteidiktatur aufrecht zu erhalten.

Die Krise der Landwirtschaft

In Anbetracht der Tatsache, daß das stalinistische Regime eine „dauernde Revolution von oben“ erfordert, können es sich die Führer der totalitären Partei nicht leisten, konservative Bürokraten zu werden, denn sie können ihre Diktatur nur dann rechtfertigen, wenn sie den Zustand der Spannung und Unsicherheit immer aufrechterhalten und ihre Untertanen, und auch die privilegierte Bürokratie, daran hindern zur Ruhe zu kommen. Sie sind jederzeit in der Lage es zu verhindern, indem sie die internationalen Konflikte am Leben erhalten oder einen inneren Aufstand hervorrufen, indem sie die Schraube der totalen Staatskontrolle über das Wirtschaftsleben weiter andrehen. Das einzige, was sie sich nicht leisten können, ist ein gleichzeitiges Nachlassen der inneren und äußeren Spannungen, da die natürlichen Kräfte der Gesellschaft dadurch imstande sein würden, sich zu festigen und zu entdecken, wie überflüssig ihre Tyrannen sind. Aber genau das hat Malenkow getan. Er hat nicht gewagt, und vielleicht nicht einmal beabsichtigt, die Grundsätze der Parteiherrschaft offen in Frage zu stellen, aber seine Politik der inneren und äußeren Entspannung hat die Fundamente unterhöhlt. Diese Bedrohung aber hat die Koalition zusammengeschiedet, die ihn schließlich gestürzt hat — die Koalition der Partemaschine mit den Parteigenerälen. Aber diese siegreiche Verbindung ist immer noch heterogen, denn weder ist die Frage der höchsten Autorität

beantwortet noch der Weg, den die neuen Herren einschlagen werden, endgültig gefunden.

Die politischen Kommissare und Parteigeneräle träumen vermutlich von einer Wiederbelebung des Parteiregimes durch eine Art „asiatischen Shdanowismus“ — durch Ausnutzung der relativen Schwäche des Westens in Asien und Ermutigung der fortschrittlichen Politik der dortigen jungen kommunistischen Regime, genau so wie es Shdanow nach dem Kriege in Europa zu tun versucht hat. Gerade jetzt hören wir wieder diese Töne prahlerischer Selbstüberheblichkeit, die uns aus jener Periode noch so vertraut sind.

Als Malenkow und Chruschtschew zusammen auf Hilfe und besondere Aufmerksamkeit des Regimes erhebt — die Krise der Landwirtschaft. Es handelt sich um eine lebenswichtige Frage von zunehmender Dringlichkeit. Sie ist eng mit der stalinistischen Auffassung vom nächsten Stadium im „Übergang zu Kommunismus“ verbunden. Und sie ist die Aufgabe, auf deren Lösung Chruschtschew seine Zukunft gesetzt hat. Und hier liegt vermutlich der große Konflikt in der nächsten Entwicklungsetappe der sowjetischen Hierarchie.

Als Malenkow und Chruschtschew zusammen zum ersten Mal im August und September 1953 die Überwindung der Rückständigkeit der sowjetischen Landwirtschaft öffentlich als Zentralproblem sowjetischer Wirtschaftspolitik bezeichneten, ist das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten

zutage getreten. Die anfänglichen Erfolge eines Feldzuges zur Bebauung „jungfräulichen Bodens“ in Sibirien und Kazakistan haben sich als unzureichend erwiesen, um die Mißernte in der Ukraine auszugleichen. Und Chruschtschew letzter Bericht an das Zentralkomitee beweist in unzähligen Details, wie viele der großen Hoffnungen, mit denen die Kampagne zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Ertrages begonnen hat, sich nicht erfüllt haben.

Wie aus dem Interview mit Professor Bernal hervorgeht, macht Chruschtschew dafür einen bestimmten Umstand verantwortlich, und zwar den, daß die Landwirtschaft selbst auf dem Höhepunkt der Kampagne keine wesentlich größere Zuteilung an Maschinen erhalten hat. Doch nach dem neuen, j angenommenen Haushaltsplan werden die Gesamtzuteilungen an die Landwirtschaft noch gekürzt und nicht erhöht. Wie die Zuteilungen an die Verbrauchsgüterindustrie werden sie, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, den neu erhöhten Ausgaben für den Ausbau der Verteidigungs- und Schwerindustrie geopfert werden. Augenscheinlich ist dies der Preis, den Chruschtschew für die volle Unterstützung der Armee zu zahlen hat, und das „Geständnis“ Malenkows, er trage die Verantwortung für das Versagen der Landwirtschaft, scheint den Zweck zu haben, nicht nur die augenblickliche Enttäuschung zu bemänteln, sondern auch als ein Alibi für Chruschtschew zu dienen, wenn sich die Lage weiterhin verschlechtert – wie er erwarten muß.

Inzwischen setzt Chruschtschew seine verzweifelten Anstrengungen fort, mit dem Problem fertig zu werden, und diese Bemühungen weisen im Laufe der Zeit eine charakteristische Veränderung in der Methode auf. Die ersten Maßnahmen der Kampagne, die noch mit Malenkow zusammen eingeleitet worden sind, zielten in der Hauptsache darauf ab, den Kollektivbauern durch Konzessionen, wie Steuernachlässe, Herabsetzung des Ablieferungssolls und Preiserhöhung, einen erhöhten Anreiz zu geben, während gleichzeitig die Methoden für Anbau und Viehzucht verbessert wurden. Doch unter Chruschtschews Leitung ist die Absicht, die Regierungs- und Parteikontrolle über die Bauern zu verschärfen, mehr und mehr in den Vordergrund getreten. Zum ersten Mal trat diese Absicht hervor, als die Traktorenführer auf der Lohnliste der staatseigenen Traktorstationen als Angestellte bezeichnet wurden und das Ablieferungssoll der Kollektivfarmen an diese Stationen entsprechend erhöht wurde. Es ist viel bedeutsamer, wenn die „Freiwilligen“ aus den Reihen der Komsomol und Armee, die mobilisiert worden sind, um den jungfräulichen Boden im Osten zu besiedeln, nicht auf Kollektiv-

farmen, sondern auf riesigen Staatsgütern angesiedelt werden.

Und diese Absicht wurde kürzlich noch unterstrichen durch das Verbot, Tiere, die einzelnen Kolchosemitgliedern gehören, auf kollektiven Wiesen weiden zu lassen, und durch den zunehmenden Druck auf alle Mitglieder, ihre tägliche „Arbeitsnorm“ für das Kollektiv zu erfüllen.

So hat sich eine Kampagne, die mit vorsichtigen Konzessionen an die individuellen Interessen der Bauern begonnen hat, schrittweise in den Versuch verwandelt, den Individualismus der Bauern zu bekämpfen und die Bedeutung der staatseigenen „Kornfabriken“ zu erhöhen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Umschwung der Überzeugung Chruschtschews entspricht, der einst 1950 der große Planer für das Aufgehen der Kolchosen in größeren Einheiten und der Erfinder des verfehlten Versuches gewesen ist, die Bauern in „Agrostädten“ anzusiedeln. Mehr als jeder andere der derzeitigen Führer betrachtet er sich als Treuhänder und Vollstrecker von Stalins Vision, durch irgendeine Form der Nationalisierung der kollektiven Farmen den strukturellen Unterschied zwischen Stadt und Land endgültig aufzuheben.

Diese Vision, die in Stalins Abhandlung über die „Wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion“ abgedruckt ist, deutet nichts weniger als eine dritte Revolution in der Landwirtschaft an, die in der Bedeutung mit Lenins

Auflösung des Großgrundbesitzes 1917–1918 und Stalins Zwangskollektivierung 1929–1931 zu vergleichen ist.

Gegenwärtig sind die materiellen Vorbedingungen für diesen theoretisch geplanten Schritt – insbesondere die Fähigkeit der staatlichen Industrie, die Landbevölkerung mit genügend Geräten und Verbrauchsgütern zu versorgen – weit davon entfernt, erfüllt zu sein. Aber andererseits waren auch 1929 die theoretischen Vorbedingungen für eine umfassende Kollektivierung weit davon entfernt, erfüllt zu sein. Darum eben konnte sie nur zwangsweise durchgeführt werden, um den Preis entsetzlicher menschlicher Opfer und wirtschaftlicher Verluste. Stalins zweite Revolution kam nicht, als die Vorbedingungen hierfür reif waren, sondern als er durch eine Krise in der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte bedroht war – und es lag in der Natur seines Systems, diese Krise lieber auf dem Wege revolutionärer Zwangsmaßnahmen als durch Konzessionen an die Bauern zu überwinden. Wird nicht auch Chruschtschew, der ganz offen nach seiner eigenen dritten Revolution strebt, in diese hineingezogen werden, wenn sich die landwirtschaftliche Krise noch mehr zuspitzt? Die Verringerung der Mittel für seine Landwirtschaftskampagne, wodurch die Erfolgsaussichten der „allgemein üblichen“ Methoden verkleinert werden, könnte diese Gefahr tatsächlich vergrößern.

Stalins Mantel

Der mit halbem Herzen unternommene Versuch, die Parteidiktatur von innen her zu reformieren, ist fehlgeschlagen. Der Anspruch der Partei auf absolute Kontrolle ist wieder einmal gefestigt worden und damit Chruschtschews Anspruch auf Stalins Mantel. Aber das Problem der tatsächlichen Machtverteilung zwischen Partei und Armee ist nicht gelöst, sondern nur durch einen Kompromiß überdeckt worden. Das geht ganz klar nicht nur aus der Beförderung Bulgänins, des Parteigenerals, sondern auch Tschukows, des wirklichen Feldkommandeurs, hervor.

Die „Fassade“ der kollektiven Führung taucht aus den Veränderungen sichtlich beschädigt auf, wenn sie auch noch nicht für abbruchreif erklärt worden ist. Die neue Koalition scheint noch weniger gefestigt zu sein als die alte. Doch wird sich diese Koalition entscheiden müssen, ob sie sich über die Wiederaufnahme des Wettrüstens und des Krieges mit Worten hinaus in das Abenteuer eines „asiatischen Shdanowismus“ einlassen, ob sie sich statt dessen auf den nicht weniger abenteuerlichen Versuch einer dritten Revo-

lution in der eigenen Landwirtschaft konzentrieren oder ob sie die Landwirtschaftskrise mit praktischen, nichtrevolutionären Maßnahmen bekämpfen oder ihr selbst auf Kosten der Rüstungsanstrengungen helfen will.

Man kann bestimmt voraussagen, daß diese Entscheidungen nur aus neuen Krisen geboren und diese allein das Kräfteverhältnis zwischen den drei Elementen der Koalition – der Partei-Maschine, der politischen Generale und der wirklichen Armeeführer – enthüllen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen wir berechtigte Zweifel daran hegen, ob die Bestrebungen, einen Stalinismus ohne Stalin wieder aufzurichten, erfolgreicher sein werden als der Versuch, die Parteidiktatur unter der Kontrolle einer Parteibürokratie zu lockern, die ihr Vertrauen verloren hatte.

Anmerkung

Dr. Baymirza Hayit, geb. 17. 12. 1917 in Turkestan, Studium an der Hochschule in Taschkent, Historische Fakultät, während des Krieges Hauptmann in der Turkestanischen Legion, nach dem Kriege Promotion 1949 in Deutschland, Universität Münster/Westf., seitdem Forschungsbeauftragter.

Berichtigung:

Wie sich unsere Leser vielleicht erinnern werden, begannen wir in der Ausgabe der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B III/55 19. Januar 1955 mit dem Abdruck der Arbeit von Dr. Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck/Goerdeler-Verschöpfung“.

Auf Seite 24 rechts oben findet sich darin ein Irrtum. Im Text heißt es an der angegebenen Stelle: „... Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Lindemann, und der Ia der 28. Jägerdivision (Heeresgruppe Mitte) liefen nach dem 20. Juli zu den Russen über, jedoch nicht, um auf der anderen Seite weiterzukämpfen, sondern um sich durch Flucht in die Gefangenschaft dem Zugriff der Gestapo zu entziehen...“

Was Generaloberst Lindemann betrifft, entspricht diese Behauptung nicht den Tatsachen. Generaloberst Lindemann lebt noch heute und ist niemals desertiert.

Die Redaktion